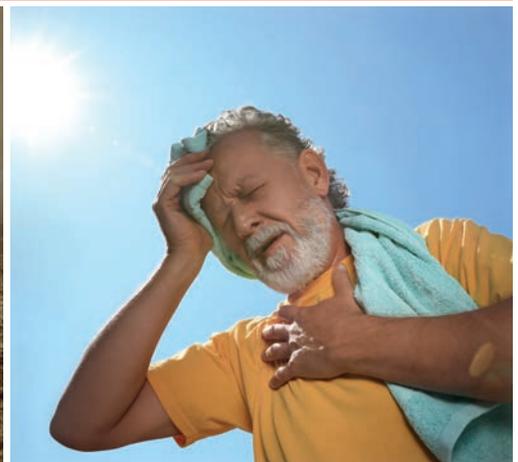




STADT UND GEMEINDE

DIGITAL





HITZESCHUTZPLAN GESUNDHEIT GEMEINSAM GEGEN HITZE

Bundesminister Prof. Dr. Karl Lauterbach

Seite 04

KLIMASCHUTZ + KLIMAAANPASSUNG KOMMUNEN STÄRKEN

NEUE GEMEINSCHAFTSAUFGABE ETABLIEREN von Bernd Düsterdiek

Seite 07

GEESTLAND WIRD ZUM "**PLIETSCHEN DÖRPF**" von Merlin Hinkelmann

Seite 10

INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT

GEMEINSAM FÜR DIE WÄRMEWENDE von Ulrich Hoehler

Seite 13

WALD IM KLIMAWANDEL WARUM KOMMUNEN

AUF FÖRDERGELDER VERZICHTEN von Ute Kreienmeier

Seite 15

KOMMUNEN AKTIV FÜR DEN KLIMASCHUTZ

16. KLIMASCHUTZKONFERENZ DES DStGB

Seite 18

#DEMOKRATENGESUCHT EINE KAMPAGNE DES DStGB UND SEINER MITGLIEDSVERBÄNDE

Seite 20

MENSCHEN, MEDIEN UND LOKALE DEMOKRATIE IM SUPERWAHLJAHR 2024

Interview mit Thomas Krüger und Dr. André Berghegger

Seite 22

JEDE STIMME ZÄHLT! PROEUROPÄISCHE DEMOKRATISCHE KRÄFTE

BÜNDELN UND STÄRKEN von Bernd Hüttemann

Seite 26

BRÜSSELER GERÜCHTE – FOLGE 56

Seite 28

KOMMUNALE ENTWICKLUNGSBEIRÄTE

CHANCE FÜR GEMEINWOHL UND DEMOKRATIE von Prof. Dr. Gesine Schwan

Seite 30

HACKER SCHOOL PROGRAMMIEREN LERNEN AN SCHULEN ERMÖGLICHEN

Seite 34

MELDUNG GRUNDSTEUER VOR ORT

Seite 38

IMPRESSUM + INHALT

Seite 04

Weitere
aktuelle Infos
jederzeit unter
www.dstgb.de

IMPRESSUM

ZEITSCHRIFT DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES, BERLIN | BRÜSSEL

Redaktionsanschrift:

Stadt und Gemeinde Digital
Marienstraße 6, 12207 Berlin
Telefon: 030/773 07-201
Fax: 030/773 07-222
Email: birgit.pointinger@dstgb.de
Internetpräsenz: www.dstgb.de

Herausgeber: DStGB

Dienstleistungs-GmbH
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. André Berghegger
Uwe Zimmermann

Redaktionsteam:

Alexander Handschuh
Dr. Janina Salden
Kristine Stüvecke
Birgit Pointinger

Anzeigenredaktion:

kristine.stuevecke@dstgb.de
alexander.handschuh@dstgb.de

Grafik & Satz: DStGB

Dienstleistungs-GmbH



RESILIENTE STÄDTE UND GEMEINDEN

Die Lage in Deutschland und Europa hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert. Die Bedrohungslage durch den russischen Überfall auf die Ukraine, die deutlich ansteigende Anzahl von Cyberangriffen auf öffentliche Einrichtungen und nicht zuletzt immer wieder auftretende Extremwetterereignisse haben die Frage, wie die Menschen wirksam geschützt werden können, in den Vordergrund gerückt. Städte und Gemeinden stehen hier als bürgernächste Ebene in einer besonderen Verantwortung.

Ein besonderer Aspekt ist die Vorbereitung auf Extremwetterereignisse wie Starkregen, Dürre oder Hitze. Neben verstärkter Klimaschutzanstrengungen bedarf es auch effizienter Maßnahmen der Klimafolgenanpassung. Es darf nicht nur darum gehen, Schäden zu beseitigen, sondern mit klugen Konzepten vorzubeugen und geeignete Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen. Für die heiße Periode im Jahr müssen Hitzeinseln reduziert, Flächen entsiegelt und Kaltluftschneisen geschaffen werden. Hitzeaktionspläne sind zudem ein wirksames Instrument, um Menschen und Strukturen auf ex-

treme Hitzeereignisse vorzubereiten. Jede einzelne Maßnahme für sich ist richtig und wichtig. Alle Erfahrungen der letzten Jahre haben unterstrichen, dass die klimagerechte Stadtentwicklung als Querschnittsaufgabe gedacht werden muss und dann besonders effizient ist, wenn Planung und Koordinierung der vielen verschiedenen Maßnahmen durch kommunale Klimaschutzmanagerinnen und -manager begleitet und koordiniert werden. Eine dauerhafte Förderung ist hier angezeigt.

Bei der Schaffung resilienter Strukturen kommt den Kommunen eine Schlüsselrolle zu. Dieser besonderen Verantwortung werden wir auch gerecht. Wir setzen hierbei auf eine enge Zusammenarbeit mit Bund und Ländern und eine Finanzausstattung der Kommunen. Diese muss es uns ermöglichen, vorausschauend und präventiv zu agieren, bevor ein Ernstfall eintritt. ■

Ihr

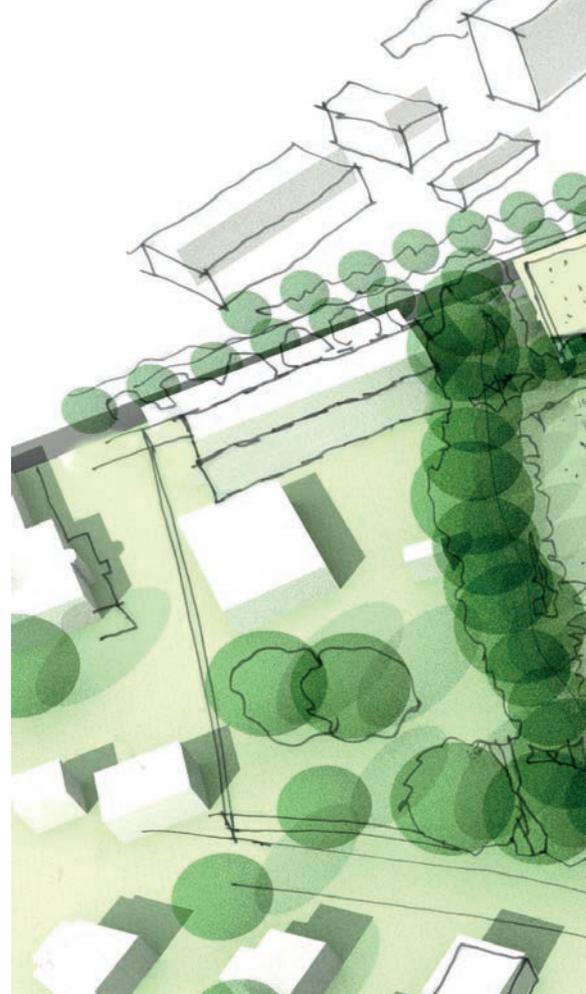
Dr. André Berghegger

HITZESCHUTZPLAN GESUNDHEIT

GEMEINSAM GEGEN HITZE



Prof. Dr. Karl Lauterbach
Bundesminister für Gesundheit



Selbst wer die Augen vor den unübersehbaren Folgen des Klimawandels fest verschlösse, würde die Erwärmung am eigenen Leib spüren. Acht der zehn heißesten Sommer in Deutschland hatten wir seit Beginn der systematischen Wetteraufzeichnungen in den letzten 30

ce Vita“ in Deutschland – das kann doch angenehm sein. Dieser Effekt sollte uns aber nicht blenden: Hitze ist eine Gesundheitsgefahr. Sengende Hitze kann den Kreislauf zum Erliegen bringen, brennende Wälder können die Atemluft nehmen, tropische Krankheitserreger das Immunsystem

Um das zu erkennen, müssen wir uns nur die Zahlen zur Sterblichkeit im vergangenen Sommer anschauen: 5 von 6 hitzebedingten Todesfällen gehörten zur Altersgruppe ab 75 Jahren. Insgesamt waren im vergangenen Jahr nicht weniger als 3.200 Hitzeopfer aller Altersgruppen zu beklagen.

» Die gesundheitlichen Folgen von Hitze werden immer noch unterschätzt. Darauf müssen wir reagieren. Jedes Zögern gefährdet Menschenleben.«

Jahren. Der aktuelle Bericht im Fachblatt „Lancet Public Health“ zeigt: Die Temperaturen steigen in Europa doppelt so schnell an wie im globalen Durchschnitt.

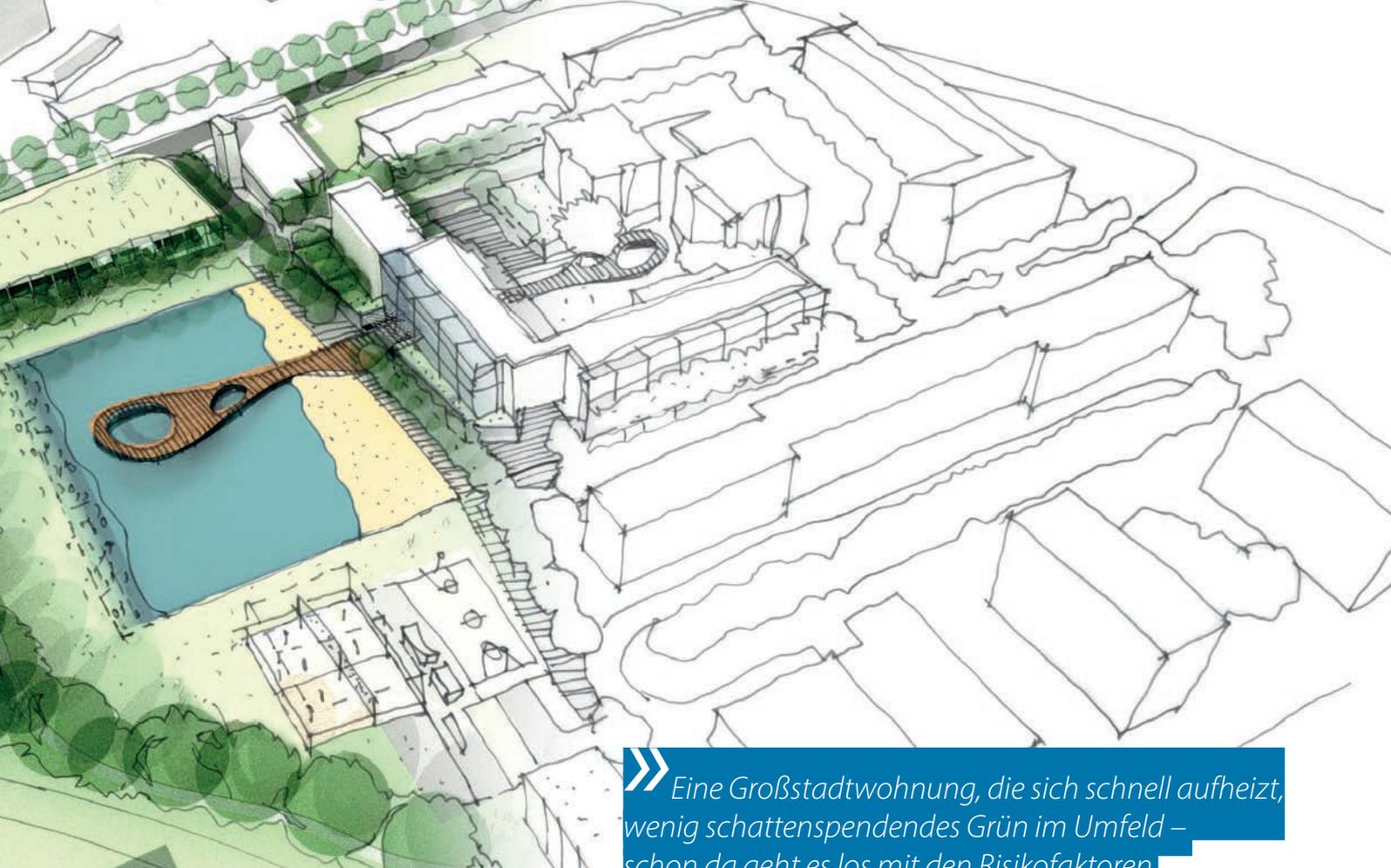
Wer die Sommermonate bisher gerne im Süden verbracht hat, wird erstmal nicht unbedingt etwas gegen flirrende Luft und laue Nächte haben. „Dol-

attackieren. Besonders gefährdet sind Ältere, Vorerkrankte, Bewohner von Großstädten, in denen sich die Hitze schneller auflädt.

Nach Berechnungen des Robert Koch-Instituts ist die Altersgruppe ab 75 Jahren besonders gefährdet. Der Anteil hitzebedingter Sterbefälle ist in dieser Gruppe am höchsten.

HITZESCHUTZ NACHHALTIG ANGEHEN

Klimaresignation oder Klimamüdigkeit sind fehl am Platze. Es geht einerseits darum, die Klimaerwärmung zu bremsen, weil sie sehr konkret die Gesundheit gefährdet und weil diese Gefahr sich mit weiter steigenden Temperaturen potenziert. Die Bundesregierung ist in dieser Richtung aktiv wie keine andere vor ihr. Aber es geht andererseits darum, die jetzt schon spürbaren Auswirkungen der Klimaerwärmung soweit wie möglich



» Eine Großstadtwohnung, die sich schnell aufheizt, wenig schattenspendendes Grün im Umfeld – schon da geht es los mit den Risikofaktoren für eine stärkere Hitzebelastung.«

zu mildern, etwa durch Hitzeschutz. Bislang hatte das Thema Hitze politisch und medial nur dann Konjunktur, wenn es auch meteorologisch akut war. Dieses Kurzzeit-Denken wollen wir durchbrechen. Deshalb habe ich im letzten Jahr den „Hitzeschutzplan Gesundheit“ auf den Weg gebracht und das Thema ganz oben auf die gesundheitspolitische Agenda gesetzt.

Kurzfristig können wir bundesweit über Hitze aufklären und – etwa mit Hilfe der Hitzewarnstufen des Deutschen Wetterdienstes – Alarm schlagen. Wenn wir langfristig widerstandsfähiger werden wollen, geht das nur, wenn auch Städte und Gemeinden den Hitzeschutz als gemeinsame Aufgabe annehmen. In einer Roadmap haben wir wichtige Maßnahmen und Ziele für den anstehenden Sommer zusammengestellt.

PFLEGEINRICHTUNGEN UND KRANKENHÄUSER IM FOKUS

Da insbesondere ältere Menschen stärker gefährdet sind, ging es uns darum, den Pflegeeinrichtungen konkrete Empfehlungen an die Hand zu geben. Der Qualitätsausschuss Pflege ist der Initiative des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) gefolgt und hat die „Bundeseinheitliche Empfehlung zum Einsatz von Hitzeschutzplänen in Pflegeeinrichtungen und -diensten“ beschlossen und vor wenigen Tagen veröffentlicht. Damit können konkrete Schutzmaßnahmen geplant und umgesetzt werden.

Auch in den Krankenhäusern halten sich besonders geschwächte Menschen auf. Gemeinsam mit verantwortlichen Akteuren haben wir daher einen „Musterhitzeschutzplan für Krankenhäuser“

entwickelt. Auch dieser ist seit wenigen Tagen auf der BMG-Internetseite abrufbar.

HITZESCHUTZ AUF KOMMUNALER EBENE

Bei der Kommunikation zum gesundheitlichen Hitzeschutz für die kommunale Ebene haben wir noch einmal nachgelegt: Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wird in Kürze ein Informationspaket „Hitzeschutz“ an alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der rund 11.000 Kommunen in Deutschland versenden.

Die Fußball-Europameisterschaft steht vor der Tür und mit ihr viele Fans. Wir werden mit dem Veranstalter mehrsprachige Verhaltenstipps verbreiten, wie sich Fußballfans gegen Hitze wappnen können.



Um ausgewählte Risikogruppen, wie Schulkinder, Obdachlose oder allein lebende Ältere, besser erreichen zu können, bieten wir erstmals Handlungsempfehlungen und Kommunikationsleitfäden an. Handlungsempfehlungen und Kommunikationsleitfäden sind ab sofort abrufbar unter:
www.hitzeservice.de



Hitzeaktionstag

5.6.2024



Die gesundheitlichen Folgen von Hitze werden immer noch unterschätzt. Darauf müssen wir reagieren. Jedes Zögern gefährdet Menschenleben. Deshalb ist es so wichtig, dass wir schnell und dass wir überall handeln. Es ist maßgeblich, dass alle Städte und Gemeinden dem Thema Hitzeschutz Aufmerksamkeit und Priorität geben. Nur die Verantwortlichen vor Ort wissen, wo der Bedarf an Aufklärung besonders hoch ist.

Auch im Zusammenhang mit der Hitzegefahr müssen wir feststellen: Ungünstige Lebensumstände können sich in bedrohlicher Weise aufsummieren. Eine Großstadtwohnung, die sich schnell aufheizt, wenig schattenspendendes Grün im Umfeld – schon da geht es los mit den Risikofaktoren für eine stärkere Hitzebelastung. Wenn dann noch geringere Gesundheitskompetenz hin-

zukommt, liegt es auf der Hand, dass Prävention gerade in sozioökonomisch benachteiligten Vierteln besonders gefragt ist.

Um ausgewählte Risikogruppen, wie Schulkinder, Obdachlose oder allein lebende Ältere, besser erreichen zu können, bieten wir erstmals Handlungsempfehlungen und Kommunikationsleitfäden an. Diese Unterstützungsangebote sind für Interessierte ab sofort auf der Informationsseite www.hitzeservice.de abrufbar.

BUNDESWEITER HITZEAKTIONSTAG AM 5. JUNI

Damit Hitzeschutz weitere Aufmerksamkeit zuteilwird, findet am 5. Juni ein bundesweiter Hitzeaktionstag statt. In zahlreichen Städten sind Veranstaltungen und Aktionen geplant, zum Beispiel zum Hitzeschutz für

Menschen mit individuellem Risiko. Es wird auch Fortbildungsveranstaltungen für interessierte Akteure im Gesundheitswesen geben. Informationen zu den geplanten Veranstaltungen und Aktionen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sind auf www.hitzeaktionstag.de zusammengestellt.

Ich bin allen sehr dankbar, die diese gemeinsame Initiative der Bundesärztekammer, der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit, des AWO Bundesverbandes, der Deutschen Krankenhausgesellschaft, des Deutschen Pflegerats, des GKV-Spitzenverbandes und des Hausärztinnen- und Hausärzterverbandes an diesem Tag unterstützen. Und ich bitte Sie alle, die Sie in Städten und Gemeinden Verantwortung tragen, dem überlebenswichtigen Thema Hitzeschutz einen festen, vorderen Platz einzuräumen! ■



KLIMASCHUTZ + KLIMAAANPASSUNG

KOMMUNEN STÄRKEN – NEUE GEMEINSCHAFTSAUFGABE ETABLIEREN

Bernd Düsterdiek Deutscher Städte- und Gemeindebund



Die Umsetzung der ehrgeizigen Klimaziele in Deutschland bleibt ganz oben auf der politischen Agenda. Dies belegt auch das aktuelle „OB-Barometer 2024“ des Difu bei der Frage: „Welche Themen werden künftig für Städte und Gemeinden an Bedeutung gewinnen?“ Als Antwort und mit 57 Prozent klar auf Platz 1 benannten die befragten Oberbürgermeister/-innen das Thema „Klimaschutz“, noch vor den ebenfalls hochrelevanten Themen Migration, Kommunalfinanzen und Wohnen.

Mithin bleibt es bei der Zielsetzung: Bis 2030 sollen die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland um 65 Prozent

verringert, bis 2045 soll Deutschland sogar Treibhausgasneutral werden. 80 Prozent unseres Stroms soll schon im Jahr 2030 aus erneuerbaren Quellen bezogen werden. So richtig diese politischen Zielstellungen inhaltlich sind, so schwierig bleibt deren konkrete Umsetzung.

GESETZESÄNDERUNGEN AM FLIESSBAND

Zwar hat sich der Bund im vergangenen Jahr ein Nationales Klimaschutzprogramm auferlegt und diverse gesetzliche Neuregelungen, wie etwa die Neufassung des Gebäudeenergiegesetzes, des Wärmeplanungsgesetzes

und des Energieeffizienzgesetzes, die Einführung des Deutschland-Tickets oder auch diverse Verfahrensbeschleunigungen beim Ausbau Erneuerbarer Energien, zuletzt das sogenannte Solarpaket I, auf den Weg gebracht. Auch wurde das Klimaschutzgesetz des Bundes Mitte Mai 2024 von Bundestag und Bundesrat in geänderter Fassung verabschiedet. Ziel dieser heftig diskutierten Änderungen ist es, den Klimaschutz „vorausschauender und effektiver zu gestalten“. So soll im Bereich der Treibhausgase zukünftig nicht mehr auf eine sektorspezifische, sondern auf eine mehrjährige Gesamtbetrachtung abgestellt werden, die alle Sektoren betrifft, damit der Treibhausgasausstoß

dort gemindert werden kann, wo die größten Einsparpotentiale vorhanden sind. Der Fokus soll auf den zukünftigen Emissionen liegen und nicht - wie bisher - auf Zielverfehlungen der Vergangenheit.

KOMMUNEN BLEIBEN SCHLÜSSELAKTEURE

Ungeachtet der Frage, ob dieser „Kurswechsel“ in der Klimapolitik tatsächlich sinnvoll ist, steht fest: Wir werden die Klimaziele in Deutschland nur mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen erreichen. Gerade die Gemeinden sind es, die über eine nachhaltige und klimagerechte Stadtentwicklung, eine gezielte Bauleitplanung, die Ausweisung und Steuerung der Erneuerbaren Energien und auch durch eine aktive Gestaltung der Wärmewende die Schlüsselakteure bleiben.

Nicht zuletzt sind die Kommunen auch Vorbild für ihre Bürgerinnen und Bürger und die heimische Wirtschaft. Das Gebot der Stunde muss daher lauten: Städte und Gemeinden stärken und zukunftsfähig aufstellen. Nur mit starken und handlungsfähigen Kommunen werden die großen Transformationsaufgaben im Bereich der Klima- und Energiewende geschultert werden.

KLIMASCHUTZ UND KLIMAWANDEL ZUSAMMEN DENKEN

Hierbei ist zu beachten, dass nicht nur der Klimaschutz selbst, sondern auch die Anpassung der Kommunen an die Folgewirkungen des Klimawandels eine zentrale Rolle spielt.

Die Auswirkungen des Klimawandels stellen unsere Städte und Gemeinden vor immer größere Herausforderungen. Extremwetterereignisse wie Starkregen, aber auch anhaltende Hitze- und Dürreperioden und Waldbrände

sind in unseren Kommunen schon heute deutlich spürbar. Die verheerende Flutkatastrophe im Jahr 2021 insbesondere in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen hat zuletzt auf dramatische Weise verdeutlicht, wie dringend der Handlungsbedarf in diesem Bereich ist.

Hierbei werden Belastungen und Risiken sowohl in dichtbesiedelten Städten als auch in Gemeinden des ländlichen Raums künftig weiter steigen. Um die Kommunen langfristig resilient und lebenswert zu gestalten, bedarf es in den kommenden Jahren umfassender Anpassungsprozesse.

UMFANGREICHER AUFGABENKATALOG

Städte und Gemeinden fangen indes nicht „bei Null“ an, sondern erarbeiten bereits seit Jahren vielfältige Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, etwa in den Bereichen der Stadtplanung, der Mobilität, der Gesundheitsvorsorge, der Starkregen- und Hochwasservorsorge, der Wasserver- und Abwasserentsorgung, aber auch in den Bereichen des Boden-, Biotop- und des Artenschutzes.

So sind etwa die Entsiegelung von Flächen, die Schaffung neuer Retentionsflächen im Sinne des Schwammstadt-Prinzips oder auch die Renaturierung von Gewässern in kommunaler Verantwortung wichtige Handlungsfelder. Gleichfalls benötigen wir mehr „Grün und Blau“, Fassaden- und Dachbegrünungen sowie generell mehr kommunale Hitzeschutzpläne, um Hitzeperioden gerade in vorbelasteten und hochverdichteten Ballungsräumen wirksam begegnen zu können.

Aber auch der Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebereich kommt weiterhin eine wichtige Rolle zu. Die energetische Sanierung kommunaler

Liegenschaften bleibt ein wichtiger Baustein, mit der sich Klimaschutz und Klimaanpassung vereinen lassen. Neben privaten Immobilien bergen gerade die kommunalen Liegenschaften mit rund 180.000 Gebäuden (Rathäuser, Schulen, Kindergärten, Sporthallen etc.) sowie über 2 Mio. Wohnungen große Potenziale. Mehr Energieeffizienz im kommunalen Bereich ist damit nicht nur eine Frage des Klimaschutzes, sondern auch eine Frage der langfristigen Entlastung kommunaler Haushalte.

FINANZIERUNGSBEDARF UND KOMMUNALE INVESTITIONEN

Die Klima- und Energiewende wird allerdings nur gelingen, wenn Städte und Gemeinden ihre diesbezüglichen Aufgaben auf einem stabilen finanziellen Fundament angehen können und Klimaschutz und Klimaanpassung als eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen verstanden wird.

Nach Aussage des KfW-Kommunalpanels 2023 haben Städte und Gemeinden im Jahr 2021 insgesamt 2,9 Mrd. Euro für Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen ausgegeben. In der mittelfristigen Finanzplanung sind für die kommenden Jahre mit durchschnittlich rund 2,5 Mrd. Euro pro Jahr ähnliche Volumina eingeplant. Für die Klimaanpassung, wie zum Beispiel Maßnahmen zum Schutz gegen Hochwasser und Starkregen, veranschlagen die Kommunen derzeit zusätzlich rund 1 Mrd. Euro pro Jahr. Damit entfielen mit zusammen knapp 4 Mrd. Euro rund 15 Prozent aller verausgabten kommunalen Investitionen in den vergangenen Jahren auf Klimaschutz und Klimaanpassung. Klar ist allerdings, dass dieser Mittelansatz in keiner Weise ausreichen wird und zukünftig von deutlich steigenden Investitionen ausgegangen werden



muss, wenn die Klimaschutzziele in Deutschland tatsächlich erreicht werden sollen. Hinzu kommt, dass die Kommunen seit Jahren einen gewaltigen Investitionsstau in Höhe von rund 186 Mrd. Euro vor sich herschieben.

Wir benötigen folglich Ansätze, die Städte und Gemeinden als Schlüsselakteure effektiv stärken. Dies gilt nicht nur in Bezug auf investive Maßnahmen. Vielerorts besteht gerade beim Thema Klimaanpassung auch ein Bedarf an Beratung, konzeptioneller Unterstützung und Vernetzung.

Mit Blick auf eine finanzielle Förderung von Maßnahmen muss zudem gelten: Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung müssen grundsätzlich allen Kommunen – unabhängig von Ihrer Wirtschaftskraft – in dem für sie gebotenen Rahmen möglich sein.

NEUE GEMEINSCHAFTS-AUFGABE KLIMASCHUTZ UND KLIMAAANPASSUNG ETABLIEREN

Im bestehenden Finanzierungsrahmen können Städte und Gemeinden zwar auf unterschiedliche und kleinteilige Fördertöpfe des Bundes und der Länder zurückgreifen. So wurden auf Bundesebene etwa in den vergan-

gen 13 Jahren im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) insgesamt rund 965 Millionen Euro für Kommunen bereitgestellt, u.a. für befristet angestellte Klimaschutzmanager/innen. Wie bereits ausgeführt, liegen die tatsächlichen Bedarfe aber um ein Vielfaches höher.

Da eine Mischfinanzierung von Maßnahmen durch Bund und Länder grundsätzlich verfassungsrechtlich nicht zulässig ist, bedarf es zur Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit bei Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen struktureller Änderungen. Mit der Forderung nach einer neuen Pflichtaufgabe Kommunaler Klimaschutz ist es nicht getan. Die Schaffung eines „neuen“ Art. 91a GG – nach dem Vorbild der GAK – wäre indes eine sinnvolle Option, um Rechtsklarheit zu schaffen und die Finanzierung von kommunalen Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen langfristig sicherstellen zu können. Städte und Gemeinden benötigen mit Blick auf Planung und Maßnahmenumsetzung klare finanzielle Rahmenbedingungen und auch Planungssicherheit.

Insoweit ist es erfreulich, dass jüngst das Deutsche Institut für Urbanistik (difu) in einer Machbarkeitsstudie „Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz“ festgestellt hat, dass die Etablierung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz im Grundgesetz einer Umverteilung von Finanzmitteln über die Umsatzsteuer klar vorzuziehen wäre. Ein solcher Finanzierungsansatz sei nicht nur effizienter und verlässlicher, sondern böte zudem die Option, in ihm die hohe Anzahl komplizierter und kleinteiliger Förderprogramme zum Klimaschutz zu überführen.

Es bleibt zu hoffen, dass sich mittelfristig eine politische Mehrheit für einen solchen Ansatz finden lässt. Klimaschutz und kommunale Klimaanpassung sind große Herausforderungen, die ein stabiles und verlässliches finanzielles Fundament sowie einen „langen Atem“ benötigen. ■



Bernd Düsterdiek

Beigeordneter

Deutscher Städte- und Gemeindebund



GEESTLAND WIRD ZUM „PLIETSCHEN DÖRP“

Gabi Kasten
Bürgermeisterin Stadt Geestland

Busse, die wie von Zauberhand von A nach B fahren. Ein intelligentes Funknetzwerk, das Energieverbräuche in Echtzeit ans Rathaus übermittelt. Eine Smartphone-App, die die Kommunikation zwischen Bürgerschaft und Verwaltung vereinfacht. Zukunftsmusik? Nicht in Geestland. Die 32.000-Einwohner-Kommune im niedersächsischen Landkreis Cuxhaven ist eine von bundesweit 73 Kommunen, die am Modellprojekt Smart Cities teilnehmen.

Die Bundesregierung fördert die ausgewählten Kommunen mit insgesamt 820 Millionen Euro. Zusammen mit der Zivilgesellschaft sollen sie lebens- und lebenswerte Städte und Regionen gestalten, in denen die Bedarfe der Menschen im Mittelpunkt stehen. Die Modellprojekte Smart Cities entwickeln mithilfe der Digitalisierung etwa Lösungen zum Umgang mit dem Klimawandel oder setzen sie zur Verbesserung kommunaler Prozesse und Dienstleistungen ein.

ACHT HANDLUNGSFELDER

„Unter dem Begriff Smart City können sich die wenigsten etwas vorstellen“, sagt Geestlands Bürgermeisterin Gabi Kasten (CDU). „Aus diesem Grund sprechen wir in der Kommunikation nach außen vom plietschen Dörf.“ Das ist Plattdeutsch und heißt übersetzt: das intelligente Dorf. „Wir wollen intelligente Technologien einsetzen, um Geestland effizienter und nachhaltiger, sozialer und lebenswerter zu machen.“

Auf dem Weg dorthin braucht es jedoch einen klaren Fahrplan, genauer gesagt: eine Smart City Strategie. Darin hat die Stadt Geestland alle Maßnahmen niedergeschrieben, die sie im Rahmen des Modellprojekts umsetzen möchte. Sie verteilen sich auf mehrere Handlungsfelder: Mobilität, Energie, Bildung, Gesundheit/Ernährung, Wirtschaft, Wohnen/Leben, nachhaltige digitale Stadtentwicklung und Digitalisierung.

Eine der größten Maßnahmen betrifft das Themenfeld Mobilität: Ab 2025 soll in der Ortschaft Bad Bederkesa ein autonomer Bus fahren, der zwischen der Ortsmitte und dem Handels- und Gewerbepark pendelt. Zweieinhalb Kilometer hin und zweieinhalb Kilometer zurück – vollautomatisiert, also ohne Fahrer. Auf der Strecke werden mehrere Haltestellen eingerichtet, an denen die Fahrgäste ein- und aussteigen können.

MIT DIGITALISIERUNG RESSOURCEN SPAREN

Damit schlägt Geestland zwei Fliegen mit einer Klappe. „Zum einen erschließen wir so eine ÖPNV-Verbindung, die es in dieser Form noch gar nicht gibt“, erläutert die Bürgermeisterin. „Zum anderen erproben wir eine neue Technik und schauen, ob und wie autonomes Fahren die Mobilität im ländlichen Raum verbessern kann. Von den Erfahrungen, die wir in Geestland sammeln, können dann

auch andere Kommunen profitieren.“

Doch bis der Bus in Betrieb gehen kann, muss die Stadt noch einige Hürden meistern: Zum Beispiel einen passenden Bushersteller finden, Genehmigungen vom TÜV einholen und für eine flächendeckende 4G-Versorgung im Ortskern sorgen. Im Sommer 2023 enthüllte die Verwaltung – gemeinsam mit Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies – das Bauschild für die Zentrale der autonomen Busse. Sie entsteht auf dem Gelände des städtischen Bauhofes – Garage und Ladestation in einem.

Auch das Thema Daten und die Frage, wie sich mithilfe der Digitalisierung Ressourcen einsparen lassen, spielen eine wichtige Rolle in der Smart City Geestland. In dem Zusammenhang möchte die Stadt ein smartes Energie- und Wassermonitoring aufbauen. Die Idee: Sensoren messen die Energie- und Wasserverbräuche in Schulen, Kitas und Co. Diese Daten werden dann mehrmals am Tag ans Rathaus gesendet und in einer Software aufbereitet.

DIE BÜRGER MIT IN DIE ZUKUNFT NEHMEN

Doch was bringt die Technik? „Aktuell werden die Zählerstände in unseren Liegenschaften nur einmal jährlich abgelesen“, berichtet Geestlands Klimaschutzmanagerin Katharina Koop. „Indem wir die Energie- und Wasserverbräuche täglich erfassen, können wir den Bedarf besser kontrollieren und nachvollziehen. Wir erkennen, wo zu viel Energie verbraucht wird, wo wir nachsteuern müssen. Das wird zum Beispiel dann wichtig, wenn ein Gebäude einen hohen Wärmeverbrauch meldet, obwohl es gerade nicht benutzt wird. Oder wenn der Wasserverbrauch



sprunghaft ansteigt, ausgelöst durch einen technischen Defekt wie etwa ein Leck im Rohr.“ Aktuell befindet sich die Stadt Geestland in den Vorbereitungen für die Ausschreibung.

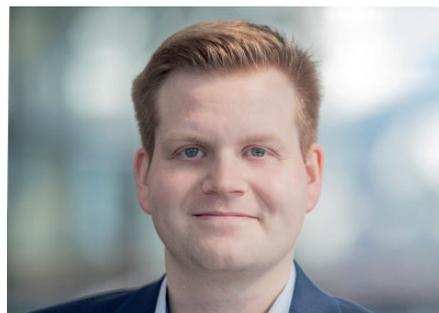
Das Thema Smart City ist in Geestland eng mit Bürgerbeteiligung verknüpft. „Unser Ziel ist es, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger an der Stadt der Zukunft zu beteiligen“, betont Gabi Kasten. Deshalb hat die Stadt die sogenannte „zeit:maschine“ eingerichtet. Sie befand sich zuletzt in einem ehemaligen Ladenlokal in der Mattenburger Straße, einer zentralen Einkaufsstraße in Bad Bederkesa. Aktuell laufen Umbauarbeiten im alten Rathaus, dem zukünftigen Standort der zeit:maschine. „Hier erzählen wir die Geschichte von einer Stadt, die in die Zukunft reist. Hier können sich die Bürgerinnen und Bürger über unsere Maßnahmen informieren und ihre Ide-

en einbringen. Ein analoger Ankerort, der all das, was wir als Smart City realisieren wollen, erlebbar macht.“

Und weil Geestland mit 356 Quadratkilometern flächenmäßig eine der größten Kommunen Deutschlands ist, hat sich die Verwaltung noch ein weiteres Instrument gesucht, um mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen: Seit mehreren Monaten tourt die Stadt Geestland mit einem auffälligen Elektrobus durch die insgesamt 16 Ortschaften, beantwortet Fragen, sammelt Ideen – quasi ein Rathaus auf Rädern.

„So bringen wir unsere Inhalte in die Fläche“, sagt Gabi Kasten. „Dabei machen wir immer deutlich: Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern dem Leitbild einer nachhaltigen und ganzheitlichen Stadtentwicklung untergeordnet.“ ■

Merlin Hinkelmann
Stadt Geestland





Nachhaltiges Wirtschaften beginnt vor Ort.

Gemeinsam finden wir die Antworten für morgen.

Die nachhaltige Transformation der Wirtschaft beginnt in den Regionen. Dort sind die mittelständischen Unternehmen – das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands – zu Hause. Genauso wie wir, die Sparkassen. Wir begleiten Unternehmen als Finanzpartner bei ihrer Entwicklung. Wir stehen ihnen beim Umbau auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise zur Seite. Gemeinsam gestalten wir eine lebenswerte Zukunft für alle – partnerschaftlich, klimafreundlich, erfolgreich.

Weil's um mehr als Geld geht.





INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT GEMEINSAM FÜR DIE WÄRMEWENDE

Ulrich Hoehler Landkreis Lörrach



Der Landkreis Lörrach und die zugehörigen 35 Städte und Gemeinden arbeiten bereits seit Jahren und in bewährter Zusammenarbeit gemeinsam. Neben Breitband und Mobilität sind es besonders der Klimaschutz und die Wärmewende, deren Maßnahmen beim Landkreis gebündelt werden. Insbesondere die Wärmeversorgung stellt einen großen Hebel in Richtung Energiewende dar. Ziel ist die klimaneutrale Wärmeversorgung im Landkreis Lörrach bis zum Jahr 2040. Dass dies möglich ist, zeigt das Projekt „Unternehmensunabhängige Interkommunale Wärmeplanung“, das die Wärmeversorgung, die Potenziale und den Transformationspfad für den Landkreis untersucht hat.

INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT FÜR WÄRMEPLANUNG

Ende des Jahres 2020 hat der Landkreis

begonnen, in Form eines Pilotvorhabens einen interkommunalen Wärmeplan für alle Kommunen aufzustellen. Damit sind die Kommunen des Landkreises Vorreiter – Lörrach war damals bundesweit der erste Landkreis, der einen Wärmeplan gemeinsam mit sei-

» Die Vorteile der Zusammenarbeit zwischen Landkreis, Städten und Gemeinden sind offensichtlich: Es entstehen an vielen Stellen Synergien, wenn Kommunen sich zusammenschließen.«

nen Städten und Gemeinden erstellt hat. Für die größeren Kommunen im Landkreis, die bereits verpflichtet waren einen Wärmeplan zu erstellen, war das eine Entlastung. Doch auch für die kleinen Kommunen – damals noch in freiwilliger Form – war das Angebot attraktiv, da der Landkreis gemeinsam mit dem externen Projektkonsortium einen großen Teil der Arbeit übernommen hat. Die Städte und Gemeinden

mussten alle nötigen Daten bereitstellen, konnten sich inhaltlich einbringen und nahmen an den Begleitkreisen teil. Für ihre Hilfe bei der Erstellung des Wärmeplans haben die Städte und Gemeinden vom Landkreis eine Aufwandsentschädigung erhalten.

WICHTIGSTE ERKENNTNISSE AUS DER WÄRMEPLANUNG

Seit Ende 2022 liegen die Ergebnisse landkreisweit vor. Plakatativ wird vor Augen geführt, dass die Heizungen im Landkreis Lörrach zu 93 Prozent aus fossilen Quellen betrieben werden. Dabei fließt die Hälfte des Wärmebedarfs in die Versorgung der privaten Haushalte. Die bis zum Jahr 2040 be-



Für die Versorgung der Heizungen mit klimaneutraler Wärme ist genug Potenzial da. Darüber hinaus werden für strombasierte Heizsysteme 729 GWh/a erneuerbarer Strom benötigt. Das entspricht für den Landkreis beispielsweise 30 weitere, moderne Windenergieanlagen, sowie ca. 400 ha an PV-Freiflächen und weiteren Quellen.
[Bildquelle: Inga Nietz]

nötigte erneuerbare Wärme ist allerdings mehr als genug vorhanden und steht als Industrieabwärme, Biomasse, Geothermie, Umweltwärme, etc. zur Verfügung. Entscheidend ist der Energiemix, der optimal zu nutzen sein wird. Parallel hierzu muss allerdings auch das Thema Energieeffizienz adressiert werden. Insgesamt muss landkreisweit 30 Prozent der Wärmeenergie eingespart werden.

UMSETZUNG ÜBER GEMEINDEGRENZEN HINAUS

Durch die Zusammenarbeit am Wärmeplan konnten die räumliche Verteilung der Wärmepotenziale und die unterschiedlichen Bedarfe sichtbar gemacht werden. Zukünftig können sich die Städte und Gemeinden untereinander aushelfen. Während manche mehr Wärme produzieren als sie benötigen, können andere diese Wärme gut brauchen. So kann zum Beispiel die Abwärme großer Chemieunternehmen über Gemeindegrenzen hinaus genutzt werden. Dieses und weitere Themen werden im Rahmen einer durch den Bund geförderten Mach-

barkeitsstudie untersucht. Dabei geht es um die großformatige Verknüpfung bestimmter Wärmedarangebote mit in der Fläche des urbanen Raums verteilten Wärmebedarfe im Landkreis. Dies soll über einen gemeinsamen Wärmeverbund der Städte und Gemeinden Rheinfelden (Baden) und Grenzach-Wyhlen am Hochrhein, Weil am Rhein am Oberrhein sowie Lörrach, Steinen, Maulburg und Schopfheim im Wiesental erfolgen. Die schweizerische Gemeinde Riehen, die eigene ambitionierte Wärmenetzabsichten hat, wird von uns ebenfalls beteiligt. Erste Ergebnisse hierzu werden voraussichtlich Mitte des kommenden Jahres vorliegen. Parallel hierzu wird an weiteren Stellen in Richtung Umsetzung gearbeitet. So wird derzeit durch einen regionalen Energieversorger das Tiefengeothermipotenzial untersucht mit dem Ziel, diese erneuerbare Wärme ebenso für den Wärmeverbund verfügbar zu machen. Die bei der Energieagentur Südwest angesiedelte „Beratungsstelle Kommunale Wärmeplanung“ kümmert sich währenddessen um Kommunen, Unternehmen und Privathaushalte, sodass

alle Informationsbedarfe breitflächig bedient werden können.

Die Vorteile der Zusammenarbeit zwischen Landkreis, Städten und Gemeinden sind offensichtlich: Es entstehen an vielen Stellen Synergien, wenn Kommunen sich zusammenschließen. Durch die gemeinsame Wärmewendestrategie des Kreises mit den Städten und Gemeinden wird die Zusammenarbeit in Richtung klimaneutraler Wärmeversorgung 2040 sichergestellt. ■



Ulrich Hoehler
Erster Landesbeamter
Landkreis Lörrach



WALD IM KLIMAWANDEL

WARUM KOMMUNEN AUF FÖRDERGELDER VERZICHTEN

Ute Kreienmeier Deutscher Städte- und Gemeindebund



Tannensämlinge im Saatbeet warten auf das Ausbringen in den Wald

Zweck des im November 2022 vom Bund aufgelegten Zuwendungsprogramms „Klimaangepasstes Waldmanagement“ ist der Erhalt, die Entwicklung sowie die Bewirtschaftung von Wäldern im Klimawandel. Das Programm steht dem privaten und kommunalen Waldbesitz zur Verfügung. Die beihilferechtliche Freistellung des Förderprogramms durch die EU ist erfolgt. Kommunen können für die ersten 500 Hektar bis zu 100 Euro/Hektar/Jahr, für die darüber hinausgehenden Waldflächen bis zu 80 Euro/Hektar/Jahr beantragen. Dafür müssen sie sich im Gegenzug verpflichten, zwölf Förderkriterien einzuhalten.

Eine Abfrage zur Inanspruchnahme des Förderprogramms bei den Mitgliedern des Gemeindeforstbesitzerverbandes NRW im Juni 2023 ergab folgendes Stimmungsbild:

Vom Grundsatz her wird das Förderprogramm begrüßt. Die meisten Kriterien werden als richtig und nachvollziehbar eingeschätzt.

So wurde von einigen Kommunen die Förderung auch bereits in Anspruch genommen. In sehr vielen Kommunen haben dagegen die politischen Gremien beschlossen, die Förderung aktuell nicht zu beantragen. Zum einen, weil die Förderkriterien mit sehr viel Bürokratie und Kosten einhergehen. Zum anderen, weil die Mehraufwendungen für einzelne Maßnahmen die Fördersumme erheblich übersteigen können. Auch die ungewisse Fortführung des Programms über 2026 hinaus hält Kommunen derzeit von einer Inanspruchnahme ab. Die kommunalen Forstbetriebe hoffen daher auf eine entscheidende „Nachbesserung“ der Richtlinie.

NATURVERJÜNGUNG

Kritisch gesehen wird die Forderung, dass die Naturverjüngung von klimaresilienten und überwiegend standortheimischen Baumarten absoluten Vorrang hat. Die Fichte, aber auch andere nicht standortheimische Baumarten wie Douglasie oder Roteiche müssten auf Kalamitätsflächen auf höchstens 49 Prozent Bestockungsanteil zurückgedrängt oder auch aktiv entfernt werden. Diese Baumarten sollten aber nach Auffassung der Betriebe im Zuge des Klimawandels und zur Risikostreuung eher gefördert als abgeschnitten werden.



Wucherungen an ihrem Stamm können die Buche als besonderen Habitatbaum auszeichnen

ANREICHERUNG UND ERHÖHUNG DER DIVERSITÄT AN TOTHOLOZ

Nach der Förderrichtlinie soll gezielt liegendes und stehendes Totholz produziert werden. Das bedeutet, dass Holz unter einer gewissen Derbholzstärke nicht mehr aufgearbeitet werden darf. Die Nutzung schwacher Sortimente und von Kronenholz als Brennholz in Laubholzbeständen nach einer Durchforstung scheidet somit aus. Auch aus forstschutztechnischen Gründen wird dieses Kriterium daher sehr kritisch gesehen.

HABITATBÄUME: BEISPIEL GEMEINDEWALD BURBACH UND STADTFORSTBETRIEB ARNSBERG

Gefordert wird die Ausweisung und Markierung von mindestens fünf sog. Habitatbäumen je Hektar. Diese müs-

FÖRDERPROGRAMM KLIMAANGEPASSTES WALDMANAGEMENT

Das Förderprogramm Klimaangepasstes Waldmanagement wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) fortgeführt. Die Finanzierung erfolgt ab 2024 aus dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) des BMUV.

Das 2022 erfolgreich angelaufene Förderprogramm unterstützt kommunale und private Wälder bei der Umstellung auf eine nachhaltige und

an die Auswirkungen des Klimawandels angepasste Bewirtschaftung. Mehr als 8500 private und kommunale Waldbesitzende werden seit 2022 auf Basis der Förderrichtlinie Klimaangepasstes Waldmanagement dabei unterstützt, einen Kriterienkatalog langfristiger Klimaschutz- und Biodiversitätsmaßnahmen in ihren Wäldern umzusetzen. Diese Kriterien gehen dabei über den gesetzlichen Standard und die bestehenden Zertifizierungen hinaus. Die Größe der bisher geförderten Waldfläche liegt bei insgesamt etwa 1,52 Millionen Hektar. Davon liegen 57 Prozent im Körperschaftswald und 42 Prozent im Privatwald. Insgesamt konnten bereits 21 Prozent des Privat- und Kommunalwaldes in Deutschland erreicht werden.

Die Förderung ist auf 10 bzw. 20 Jahre angelegt und erfordert die Einhaltung der im Förderprogramm festgelegten elf bzw. zwölf Kriterien für ein klimaangepasstes Waldmanagement. Die „Förderrichtlinie für Zuwendungen zu einem klimaangepasstes Waldmanagement“ startete im November 2022 und wird von der Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR) als Projektträger betreut. 2023 hatte die Bundesregierung im Haushalt des BMEL bereits 120 Millionen Euro für die Honorierung der Ökosystemleistungen bereitgestellt. Ab sofort verantworten BMUV und BMEL die Förderung des Klimaangepasstes Waldmanagements gemeinsam. (Auszug PM FNR 29.04.2024)

Weiterführende Informationen: Förderprogramm

Klimaangepasstes Waldmanagement:

www.klimaanpassung-wald.de



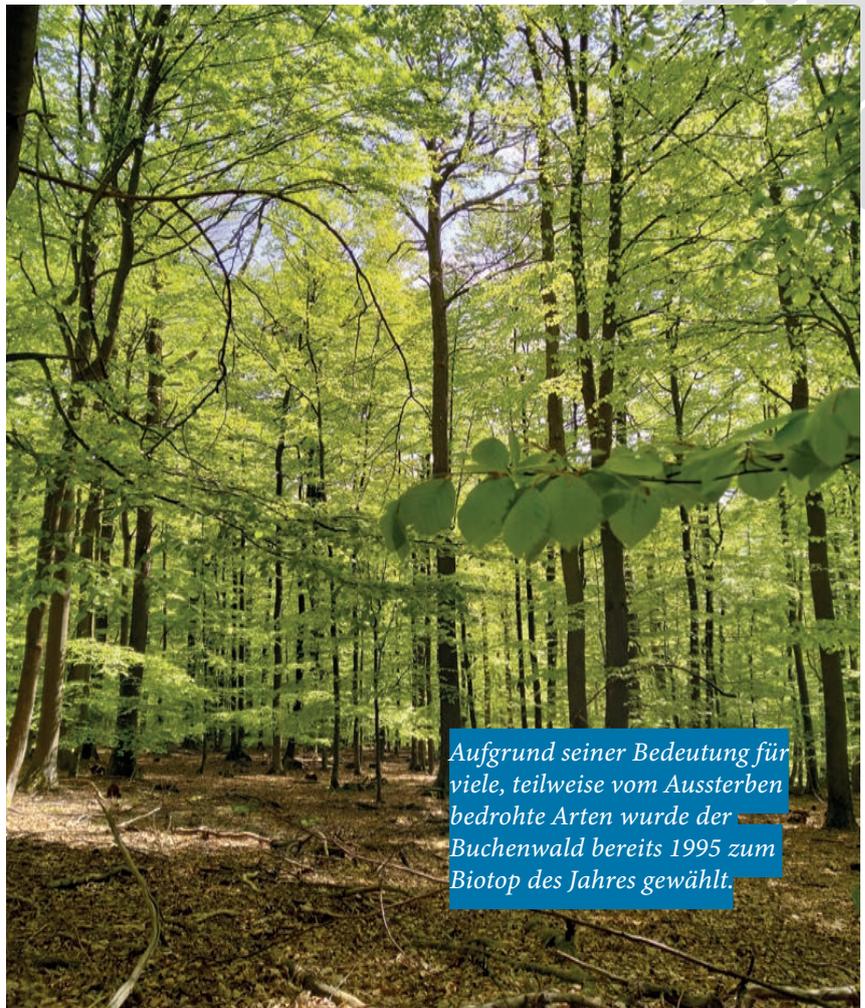


sen innerhalb von zwei Jahren kartiert und dokumentiert werden. Für den Gemeindewald Burbach bedeutet dies beispielsweise die Ausweisung von 3250 Habitatbäumen. Der Totholzanteil wird dadurch deutlich gesteigert. Aus verkehrssicherungstechnischen Gründen und gegebenenfalls auch aus Forstschutzgründen wird dies eher kritisch betrachtet. Die Ausweisung und Kartierung bindet außerdem Personal. Von einem Aufwand von ca. 30 Minuten pro Baum und damit über 1600 Stunden ist auszugehen. Außerdem hat sich die Gemeinde Burbach bereits im angemessenen Rahmen über andere Förderprogramme zum Erhalt von Habitatbäumen verpflichtet.

Im Stadtforstbetrieb Arnsberg wären 11.400 Habitatbäume zu kartieren, wenn man sich auf die Förderrichtlinie einließe. Das würde für die Arbeitsressourcen einen Gesamtaufwand von 3800 bis 5700 Stunden bzw. 487 bis 731 Arbeitstage bedeuten. Diese zusätzlichen Kosten für die Auswahl und Kennzeichnung der Habitatbäume würden sich für die Jahre 2023 und 2024 in Summe (bei 75 Euro/Std.) auf rund 285.000 bis 427.500 Euro beziffern.

NEUANLAGE VON RÜCKEGASSEN AUF MINDESTENS 30 METER

In der Vergangenheit war in vielen kommunalen Forstbetrieben ein maschinengerechter Rückegassenabstand von 20 Metern Standard. Mit der Neuanlage der Rückegassen auf mindestens 30 Meter stünde eine komplette Überarbeitung des jetzigen Rückegassennetzes an. Würde man dieses Netz von vornherein auf 40 Meter erweitern, um auf das vorhandene Gassennetz zurückzugreifen und keine neuen zusätzlichen Gassen in die Bestände zu schlagen, dann müsste in den Blöcken durch Forstwirte zu den



Aufgrund seiner Bedeutung für viele, teilweise vom Aussterben bedrohte Arten wurde der Buchenwald bereits 1995 zum Biotop des Jahres gewählt.

Gassen motormanuell zugefällt werden. Folgerichtig würden die Kosten für die Holzernte deutlich steigen und entsprechend die holzernstkostenfreien Erlöse sinken. Darüber hinaus zählt die motormanuelle Holzernte zu den gefährlichen Arbeiten.

STILLEGUNG

Kritisch gesehen wird die Forderung, dass jeder Waldbesitzer, der über mehr als 100 Hektar Waldfläche verfügt, fünf Prozent davon stilllegen muss. Die Zweckbindung beträgt 20 Jahre. Die Waldflächen müssen aktiv aus der Bewirtschaftung genommen werden, was wiederum die Flexibilität der Bewirtschaftung vor Ort wesentlich einschränkt und zum Verzicht von Einnahmen führt. Viele Fragen sind hier noch offen: Wie sehen die ordnungsrechtlichen Folgen nach Ab-

lauf von 20 Jahren aus? Und sind die Fördermittel für den Zweckbindungszeitraum gesichert?

FAZIT

Viele Kommunen wollen zunächst noch abwarten und die Entwicklung der Rahmenbedingungen einschließlich etwaiger Modifizierungen des Förderprogramms weiter beobachten. ■



Ute Kreienmeier

Referatsleiterin
Deutscher Städte- und Gemeindebund



Bericht +
Fotogalerie der
16. Klimakonferenz
unter
[WWW.DSTGB.
DE](http://WWW.DSTGB.DE)

Staatssekretärin Judith Pirscher
zum Thema: „Forschung und
Innovation für die Kommune
der Zukunft“

KOMMUNEN AKTIV FÜR DEN KLIMASCHUTZ

16. KLIMASCHUTZKONFERENZ DES DStGB

Auch in diesem Jahr veranstaltete der DStGB zum inzwischenden 16. Mal die Fachkonferenz. Über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft diskutierten am 14. Mai im Wissenschaftszentrum in Bonn die aktuellen Herausforderungen beim Klimaschutz und der Klimaanpassung sowie bei der Gestaltung der Energie- und Wärmewende. Partner der Veranstaltung waren erneut der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, die Kommunalagentur NRW sowie die Kommunale Umwelt-Aktion Niedersachsen (U.A.N.).

Innerhalb von Vorträgen, Foren und einer Podiumsdiskussion wurden praxisnahe Beispiele zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung, zur kommunalen Wärmeplanung, zum Hitzeschutz, zur Elektromobilität, zum Ausbau und zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie zur

Energieeffizienz und Sanierung aufgezeigt und diskutiert. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) erwiesen sich dabei als Schlüsselement in Hinblick auf eine nachhaltige und klimagerechte Entwicklung der Kommunen. Mit dabei waren unter anderem Sven Plöger, Diplom-Meteorologe und Klimaexperte, Staatssekretärin Judith Pirscher, die Landrätin für den Kreis Ahrweiler Cornelia Weigand, Dr. Katrin Flasche, Geschäftsführerin des U.A.N., der Ehrengeschäftsführer des DStGB Dr. Gerd Landsberg und Dr. Frank Schmidt aus dem Vorstand der Deutschen Telekom AG.

HERAUSFORDERUNGEN DES KLIMAWANDELS UND DER KLIMAAANPASSUNG

Die Keynotes zur Veranstaltung gaben die Staatssekretärin des Bundesministeriums für Bildung und Forschung Judith Pirscher, Dr. Frank Schmidt, Konzernbevollmächtigter der Deut-

schen Telekom AG für NRW und Michael Hermanns, Abteilungsleiter im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr NRW.

„Der Klimaschutz ist eine Herkulesaufgabe“, so Staatssekretärin Pirscher. Die Herausforderungen werden zahlreicher, gewinnen an Komplexität und Lösungen werden immer teurer. Technologischer Fortschritt könne den Kommunen als Schlüsselakteure dabei unterstützen, diese Aufgaben zu bewältigen und die Lebensqualität zu sichern. So können durch Forschung Daten generiert und analysiert werden, Empfehlungen für zielgerichtete Prozesse geboten und digitale Werkzeuge, wie Stadtklimamodelle zur Verfügung gestellt werden. Das BMBF werde den Kommunen mit Fördermaßnahmen wie der FONA-Strategie (Forschung für Nachhaltigkeit) oder RegiKlim (Regionale Informationen zum Klimahandeln) hierbei als Partner zur Seite stehen.



In Vertretung für den Landesminister Oliver Krischer betonte Michael Herrmanns die Notwendigkeit zeitnah zu handeln und Erfolge zu erzielen. Dabei komme es besonders darauf an, wie sich Kommunen in den nächsten 15 bis 20 Jahren auf eine klimaresiliente und klimaneutrale Zukunft vorbereiten. Als Lösungsansatz für knappe Verwaltungskapazitäten und finanzielle Mittel schlägt er vor, in allen Ämtern und Positionen ressortübergreifend ein Bewusstsein für Klimaschutz und Klimaanpassung zu schaffen. „Sie werden so zu integren Bestandteil kommunalen Handelns und Denkens“, so Herrmanns. Damit brauche es weniger Fachkräfte, um Maßnahmen anzustoßen. Die aktuell verbreitete projektbezogene Förderung bezeichnete er als nicht zielführend. Vielmehr sei es notwendig, nachhaltige Finanzierungsmodelle zu entwickeln, die der Daueraufgabe Klimaschutz gerecht werden. Hier sieht er auch die Länder in der Pflicht die Umsetzung von EU- und Bundesvorschriften in den Kommunen zu finanzieren, fordert jedoch auch eine Beteiligung des Bundes an den Kosten.

Dr. Frank Schmidt beleuchtete die Energie- und Klimawende aus der Sicht eines großen Unternehmens. Die Telekom steht als zweitgrößter Stromverbraucher Deutschlands, größter Netzbetreiber der westlichen Welt und großem Inverkehrbringer von elektrischen Geräten vor großen Herausforderungen. Das Ziel sei es, ein Netto-Null-Unternehmen, also klimaneutral, zu werden. Um dies zu erreichen hat die Deutsche Telekom AG auf 100 Prozent Grünstrom umgestellt und versucht etwa durch Abschalten von alten Plattformen die Energieeffizienz zu erhöhen. Als große Herausforderung führte Dr. Schmidt den großen Energieverbrauch durch immer weiter stei-

gende Datenmengen und Emissionen beim Ausbau neuer Netze an, betonte aber auch die Bedeutung der Digitalisierung für eine größere Energieeffizienz.

SVEN PLÖGER: „ZIEHT EUCH WARM AN. ES WIRD HEISS“

Dipl. Meteorologe Sven Plöger bereicherte die 16. Klimaschutzkonferenz des DStGB mit seinem Impulsvortrag „Zieht Euch warm an. Es wird heiß.“ und appellierte den Klimaschutz weiterhin ernst zu nehmen und das 1,5-Grad Ziel zu fokussieren: „Neben allen derzeitigen Krisen dieser Welt fällt der Klimaschutz zurück – und das ist eine Gefahr.“ Wenn wir alle bekannten Stellschrauben benutzen, könnten wir viel erreichen. Dabei zeigte er eindrucklich, wie stark die Auswirkungen des Klimawandels bereits sind und wie schnell eine gewisse Gewöhnung an veränderte Umstände erfolgt.

Im Anschluss diskutierte er mit Cornelia Weigand, Landrätin für den Kreis Ahrweiler, Dr. Katrin Flasche, Geschäftsführerin der UAN und dem Ehrengeschäftsführer des DStGB Dr. Gerd Landsberg über die Frage: „Extremwetterereignisse: Worauf kommt es zukünftig an?“. Dabei waren sich alle Redner einig: Klimaanpassung und Katastrophenschutz sind nur möglich, wenn alle Akteure die eigene Verantwortung erkennen und zusammenarbeiten. Städte und Gemeinden dürfen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden. Dabei spielt die Kommunikation zwischen den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürger eine zentrale Rolle. Das betonte auch Landrätin Weigand, welche eindrucksvoll aus erster Hand berichtete, welches Ausmaß an Zerstörung Extremwetterereignisse

auslösen können. Bisherige Pläne für „worst-case-Szenarien“ seien bei weitem nicht ausreichend.

DIGITALISIERUNG UND KI

Themenübergreifend wurde von Akteuren der Politik, Wirtschaft und Forschung die Bedeutung der Digitalisierung auch im Bereich des Klimaschutzes betont. Vor allem die Möglichkeiten durch den „digitalen Zwilling“ von Gebäuden und Quartieren wurden ausführlich diskutiert. Die Generierung und Verfügbarkeit von Daten spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie sind Voraussetzung für viele Werkzeuge etwa zur Erstellung von Standortkonzepten für Photovoltaikanlagen. Sebastian Wimmer von der DigiKoo GmbH stellte als Lösungsansatz für die Umsetzung der Wärmewende Möglichkeiten für kommunale Dienstleister vor. Durch digitale Tools könnten große Mengen an Daten nutzbar gemacht werden, um so eine flexible Planung in volatilen Zeiten zu ermöglichen.

Als Hilfestellung beim kommunalen Hitzeschutz präsentierte Dr. Julia Schoierer von *ecolo* die Website hitzeservice.de, welche unkompliziert Hitzeschutzmaßnahmen und Hitzeschutzpläne für Kommunen zur Verfügung stellt und auch eine Vernetzung zwischen den Kommunen ermöglicht.

Die Stadt Geestland verfolge bereits seit längerem das Ziel, zur Smart City zu werden, berichtete Bürgermeisterin Gabi Kasten. Dabei sei es wichtig, aus allen Projekten, auch aus Fehlschlägen, etwas Positives mitzunehmen und sich mit anderen Kommunen darüber auszutauschen. Nicht jede Gemeinde müsse das Rad neu erfinden. ■

#DEMOKRATENGESUCHT EINE KAMPAGNE DES DStGB UND SEINER MITGLIEDSVERBÄNDE



KOMMUNALWAHLEN 2024



Ohne WAHLHELPER keine WAHL



6000 KOMMUNEN
110.000
ÄMTER UND MANDATE
22 MILLIONEN WAHLBERECHTIGTE

IN RUND 6000 KOMMUNEN SIND IM RAHMEN DER KOMMUNALWAHL 2024 ETWA 110.000 ÄMTER UND MANDATE ZU VERGEBEN. CA. 22 MILLIONEN WAHLBERECHTIGTE SIND ZUR WAHL AUFGERUFEN.



9. Juni:
Baden-Württemberg
Brandenburg
Mecklenburg-Vorpommern
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt

26. Mai: Thüringen



EURE FÜRSORGE VERDIENT UNSEREN RESPEKT!

Ralph Spiegler, Vizepräsident des DStGB:
„Wir benötigen mehr Respekt und Wertschätzung sowie Rückendeckung für all jene, die als Verantwortliche vor Ort für die lokale Demokratie als Fundament unserer verfassungsmäßigen Ordnung eintreten.“

KÖNIGS DISZIPLIN



„KOMMUNALPOLITIK IST DIE KÖNIGSDISZIPLIN. NIRGENDWO SONST KANN MAN SO UNMITTELBAR UND BÜRGERNAH GESTALTEN.“

WIR REDEN VIEL ZU WENIG ÜBER CHANCEN IN DIESER GESELLSCHAFT, SAGT RAMONA SCHUMANN: KOMMUNALPOLITIK IST DIE WUNDERBARE MÖGLICHKEIT, DAS DIREKTE LEBENSUMFELD MITZUGESTALTEN UND DIE GRUNDSÄTZE DER DEMOKRATIE ZU VERTEIDIGEN.



KOMMUNALPOLITIK
- NÄHER
DRAN GEHT
NICHT!
#DEMOKRATENGESUCHT -
EINE KAMPAGNE DES DSTGB UND
SEINER MITGLIEDSVERBÄNDE



SEI EIN
MÖGLICHMACHER
- WERDE
WAHLHELPER!

WÄHLEN IST EIN
PRIVILEG!

„BEI DEN ANSTEHENDEN WAHLEN GEHT ES UM VIEL. ES GEHT VOR ALLEM DARUM, UNSERE WERTE UND UNSERE VORSTELLUNG EINES DEMOKRATISCHEN ZUSAMMENLEBENS UND ZUSAMMENWIRENS ZU FESTIGEN - SOWOHL AUF LOKALER ALS AUCH AUF EUROPÄISCHER EBENE.“

AM 9. JUNI WÄHLEN GEHEN!



DEINE KOMMUNE
DEIN EUROPA
DEINE ENTSCHEIDUNG



STÄDTE & GEMEINDEN UNTERSTREICHEN IHR ENGAGEMENT FÜR EIN DEMOKRATISCHES EUROPA. IN DER „BERLINER DEKLARATION“. EIN GEEINTES EUROPA IST NICHT NUR GARANT FÜR WACHSTUM, WOHLSTAND UND STABILITÄT, SONDERN AUCH DAS FRIEDENSBOLLWERK AUF UNSEREM KONTINENT.

„DEN GEMEINDEN MUSS DAS RECHT GEWÄHRLEISTET SEIN, ALLE ANGELEGENHEITEN DER ÖRTLICHEN GEMEINSCHAFT IM RAHMEN DER GESETZE IN EIGENER VERANTWORTUNG ZU REGELN. AUCH DIE GEMEINDEVERBÄNDE HABEN IM RAHMEN IHRES GESETZLICHEN AUFGABENBEREICHES NACH MASSGABE DER GESETZE DAS RECHT DER SELBSTVERWALTUNG. DIE GEWÄHRLEISTUNG DER SELBSTVERWALTUNG UMFASS... DIE GRUNDLAGEN DER... IN EIGENVERANTWORTUNG... GEHÖRT EINE DEN... MIT HEBESATZRECHT... STEHENDE WIRTSCHAFTSKRAFTBEZOGENE STEUEROUELLE.“

75 JAHRE
GRUNDGESETZ

„IN DEUTSCHLAND KÖNNEN WIR IN KÜRZE VIELERORTS BEI DEN KOMMUNALWAHLEN UND DER EUROPAWAHL RICHTUNGSENTSCHEIDUNGEN FÜR UNSERE STADT ODER GEMEINDEN TREFFEN. VON DIESEM WAHLRECHT GILT ES IM SINNE UNSERES GRUNDGESETZES GEBRAUCH ZU MACHEN. GEBEN WIR UNSERER DEMOKRATIE UND ALLEN DEMOKRATEN RÜCKENDECKUNG.“

ART. 28
ABS. 2

KOMMUNALWAHLEN
2024

DR. ANDRÉ BERGHEGGER,
 DSTGB- HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER



JUNI
9

#Superwahljahr2024
#Kommunalwahl2024
#Europawahl2024
#NutzeDeineStimme
#demokratengesucht

DEIN ZU HAUSE, DEINE
ENTSCHEIDUNG!



KOMMUNALWAHLEN
2024

NACHWUCHS-
GEWINNUNG
FÜR DIE
KOMMUNAL-
POLITIK



MENSCHEN, MEDIEN UND LOKALE DEMOKRATIE IM SUPERWAHLJAHR 2024

INTERVIEW MIT

THOMAS KRÜGER Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

DR. ANDRÉ BERGHEGGER Hauptgeschäftsführer des DStGB



Stadt und Gemeinde digital: Europawahlkampf und Kommunalwahlkampf buhlen um die Aufmerksamkeit der Wählerinnen und Wähler. Für die Europawahl gibt es den mittlerweile altbewährten Wahl-O-Maten; auf kommunaler Ebene ist Vergleichbares nicht abbildbar. Herr Krüger, sticht die Europawahl die kommunalrelevanten Themen in der öffentlichen Wahrnehmung aus?

THOMAS KRÜGER: Das sehe ich nicht so. Davon, dass Europawahl und Kommunalwahl am selben Tag stattfinden, profitieren beide Wahlen. Es ist allen klar: Am 9. Juni habe ich etwas

vor, denn da wird gewählt! Beide Wahlen haben im Vergleich zu Bundes- oder Landtagswahlen immer das Problem, weniger Menschen an die Urne zu bringen. Deswegen ist es umso wichtiger, dass Medien immer wieder deutlich machen, was auf europäischer und auf lokaler Ebene passiert oder sogar noch weiter zu gehen und die Bedeutung europäischer Entscheidungen auch im Kontext kommunaler Themen aufzuzeigen. Wir spiegeln europäische Debatten auf unserer Website "eurotopics" und unterstützen lokale Medien mit unserem Lokaljournalistenprogramm.

Stadt und Gemeinde digital: Herr Berghegger, wie blicken Sie auf die

Parallelität der Wahlkämpfe? Belebt die Konkurrenz vielleicht auch das Geschäft?

DR. ANDRÉ BERGHEGGER: Ich stehe ganz klar an der Seite von Herrn Krüger: Der 9. Juni ist in ganz Deutschland ein Wahltermin und dass mancherorts mehrere Entscheidungen zu treffen sind, wirkt sich hoffentlich positiv auf die Wahlbeteiligung aus. Wir beobachten, dass in Deutschland intensiv von vielen Personen und Institutionen dafür geworben wird, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Das ist ja ein elementarer Bestandteil unserer Demokratie. Im Hinblick auf die Themen

lässt sich schwer nachvollziehen, wie stark die kommunalen Themen durchdringen. Entscheidend ist aber, dass die Menschen vor Ort die politische Situation und das Angebot an Kandidaten in ihrer Kommune kennen. Hier sehe ich deshalb die lokalen Medien, oder besser gesagt, die lokale Berichterstattung, in besonderer Verantwortung. Nur wenn die Menschen vor Ort gut



informiert sind, können sie auch ausgewogene und nach Interessenlage differenzierte Wahlentscheidungen treffen.

Stadt und Gemeinde digital: Herr Krüger, die bpb steht über das Lokaljournalistenprogramm in enger Verbindung zu den Berichterstattern vor Ort. Ist es schwieriger geworden, die Wählerinnen und Wähler mit kommunalen Themen über die klassischen Medien zu erreichen?

KRÜGER: Die Art, wie Nachrichten konsumiert werden und wie das Publikum auf vielfältige Weise mit lokalen Nachrichten interagiert, wandelt sich

stetig. Heutzutage bevorzugen Menschen schnelle, zugängliche und personalisierte Nachrichtenformate. Darauf hat der Lokaljournalismus bereits reagiert und sich verändert. Die Redaktionen sind schneller und digitaler geworden. Neue Formate werden ausprobiert. Dieser Transformationsprozess ist eine riesige Herausforderung vor dem Hintergrund gleichzeitig sinkender Einnahmen und vielfältiger Konkurrenz in den Sozialen Medien. Aber eben auch eine große Chance für Lokalmedien, sich neu zu erfinden. Mit innovativen Formaten und einer zielgruppengerechten Ansprache können sie nicht nur die treue Leserschaft behalten, sondern Lokaljournalismus einem breiteren Publikum wieder schmackhaft machen. Eins ist klar: Ohne Lokaljournalismus kann unsere Demokratie auf Dauer nicht funktionieren!

Stadt und Gemeinde digital: Die bpb beschäftigt sich am neuen Standort in Gera mit den politischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen durch Soziale Medien und ihren Folgen für die politische Bildung. Was können Sie uns dazu bereits im Hinblick auf die aktuellen Wahlen berichten?

KRÜGER: Soziale Medien haben sich zu einem wesentlichen Knotenpunkt für den Zugang zu politischen Informationen und Nachrichten entwickelt und stellen einen immer wichtigeren Bestandteil des Informationsangebots vieler Nutzerinnen und Nutzer in Deutschland dar. Bei den 18-24-jährigen haben laut Reuters Institute Digital News Report im Jahr 2023 bereits 35 Prozent, die Social-Media-Plattformen als ihre Hauptnachrichtenquelle benannt. Auch ist es politischen und staatlichen Institutionen ist es durch soziale Medien möglich, ein Publikum zu erreichen ohne den Umweg über journalistische Medien. Also ein hybrides Mediensystem, bei dem soziale Medien einen direkten Austausch zwischen Bürgerin-

nen und Bürgern, Politik und Medien in jeglichen denkbaren Konstellationen ermöglichen – mit allen Vor- und Nachteilen. Möchten wir – vor allem junge Menschen – für die anstehenden Wahlen begeistern, müssen wir die sie dort erreichen, wo sie ihre Inhalte konsumieren. Das machen wir bei der Bundeszentrale für politische Bildung beispielsweise durch die Zusammenarbeit mit Content Creatorn. Im Juni startet das Streaming-Format „Fake Train“ mit dem YouTuber Rezo. Bei seiner Quizshow werden Prominente bei einer inszenierten Zugfahrt Desinformationen im Kontext der EU-Wahl entlarven.

Stadt und Gemeinde digital: In diesem Superwahljahr wird auch umfangreich über die vielen Erstwähler geschrieben und debattiert. Vielerorts finden kommunal organisierte Info-Veranstaltungen statt. Herr Dr. Berghegger, aus ihrer aktiven Zeit als Kommunalpolitiker: Wie erreicht man die jungen Wählerinnen und Wähler und wie weckt man deren Interesse für Kommunalpolitik?

BERGHEGGER: Das Beispiel von Herrn Krüger, das Format „Fake Train“ mit einem überregional bekannten Prominenten, der eine junge Zielgruppe erreicht, ließe sich in ähnlicher Form auch auf die kommunale Ebene übertragen. Natürlich können Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ihre Social Media Profile nutzen, ihre Arbeit erklären und auch mit Unterstützung anderer Politiker auf Bundes- und Landesebene ansprechende Formate anbieten. Und das tun ja auch schon viele Leute. Die Kommunalpolitik hat aber gegenüber der Europapolitik einen ganz entscheidenden Vorteil: Kurze Wege – sowohl geografisch als auch in der Unmittelbarkeit der Politik. Statt das Digitale in den Vordergrund zu rücken, sollten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker für alle Altersgruppen den ureigenen kommunalpolitischen Trumpf ausspielen: Bürgernähe. Sie

können ihre Entscheidungen von Angesicht zu Angesicht in einem persönlichen Gespräch, in einer öffentlichen Veranstaltung, in der Sprechstunde im Rathaus erklären. Sie können genauso die Stimmung in der Bevölkerung auf diesem Wege unmittelbar aufnehmen und bei ihrer Arbeit berücksichtigen. Das ist der Wesenskern der lokalen Demokratie. Der direkte, unmittelbare Kontakt sollte auch mit Blick auf die jüngeren Generationen ganz klar im Fokus stehen. Social Media und andere digitale Angebote sind zusätzlich wichtig, um junge Menschen auf anderen Kanälen zu erreichen.

Stadt und Gemeinde digital: Herr Krüger, erst kürzlich fand der Jugendengagementkongress statt. Was haben Sie für einen Eindruck, welche Themen triggern die jungen Engagierten und welche Wege führen heute in ein Engagement, vielleicht sogar in ein kommunalpolitisches?

KRÜGER: Wichtig ist, dass junge Menschen sich vor allem für etwas engagieren, und nicht gegen etwas. Bei einem Ehrenamt sind zwischenmenschlichen Beziehungen, Niedrigschwelligkeit, Spaß und Selbstwirksamkeit elementar. Wenn das gegeben ist, kann man junge Menschen schnell aktivieren. Dafür brauchen wir konkrete und greifbare Möglichkeiten, um sich einzubringen. Jugendparlamente, Bürgerinitiativen und andere partizipative Formate wie eben der Jugendengagementkongress können eine Brücke zwischen politischer Theorie und Praxis schlagen und das Gefühl der Mitgestaltung und Einflussnahme vermitteln. Das sind wichtige Ergänzungen zu Wahlen, bei denen die Themen oft groß und abstrakt sind und die eigene Betroffenheit nicht sofort deutlich wird.

Herr Berghegger, sehen Sie beim Thema Nachwuchsförderung für Kommunalpolitik hauptsächlich die Parteien in der Pflicht?

BERGHEGGER: Ich sehe hier jeden Demokraten in der Pflicht. Ein wesentlicher Baustein sind Vorbilder. Wenn meine Mutter, mein Lehrer oder mein Fußballtrainer sich vor Ort engagieren, ist es doch für mich als junger Mensch fast schon eine Selbstverständlichkeit, dass ich mich ebenfalls in irgendeiner Form für die Gesellschaft vor Ort stark mache. Natürlich liegt es dann auch maßgeblich an den Parteien, für ihre Arbeit zu werben und Nachwuchs in ihre Strukturen einzubinden. Auch ohne Partei lässt sich gute Kommunalpolitik machen; aber mit parteipolitischen Strukturen im Hintergrund ist es um einiges leichter, einen Einstieg zu finden.

Stadt und Gemeinde digital: Auch gerade jetzt im Wahlkampf hört man immer wieder Sätze wie "Heute weiß doch keiner von den Jungen, wer was entscheidet vor Ort." Wenn das so wäre, Herr Krüger, Herr Dr. Berghegger, fehlt es hier an Engagement auf Seiten der Schule, der Eltern, der Parteien?

KRÜGER: Kritik am Wissen und Engagement der Jugend ist so alt wie die Menschheit. Insofern sehe ich solche Aussagen kritisch. Junge Menschen sind immer politisch interessiert, man muss aber auch auf Augenhöhe auf sie zugehen. Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Europawahlen und auch in einigen Bundesländern für die Kommunalwahlen bietet Potenzial, jungen Menschen politische Themen und Entscheidungswege näher zu bringen. Es stimmt aber, dass weniger junge Menschen Parteien und Gewerkschaften beitreten. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Andere Bewegungen sind weniger hierarchisch und auch insgesamt modern und damit attraktiver. Es ist auch leichter, junge Menschen für ein Thema zu begeistern als für ein Engagement in der Politik, das mit vielen Kompromissen einhergeht. Dennoch beginnt der Weg in die aktive Politik im Ortsverband von Parteien. Doch wenn diese

wenig divers aufgestellt sind und keine ansprechenden Angebote für junges Engagement formulieren, gibt es dort eben weniger Resonanz. Hier muss durch die Parteien mehr passieren – auch wenn das kommunale Engagement nur ein Ehrenamt ist.

BERGHEGGER: Gerade weil es vielerorts ein Ehrenamt ist, muss besonderes Augenmerk darauf liegen. Sich neben einem Job und der Familie noch einem Ehrenamt zu widmen – dazu bedarf nicht nur Interesse am Geschehen vor Ort, sondern auch einer großen Portion Mut, Motivation, Willensstärke, Selbstbewusstsein, Disziplin und Teamgeist. Das alles schon in jungen Jahren aufzubringen und sich einer solchen Aufgabe oder einem Amt zu verpflichten, ist schon eine ziemliche "Hausnummer". Ohne Vorbilder wird das nicht gehen, ganz klar. Und ohne Mentorinnen und Mentoren, die Interesse wecken und dann auch als Unterstützer den Nachwuchs begleiten. Allerdings sind die Menschen insgesamt mobiler geworden. Sie sind viel seltener mit ihrem Ort oder ihrer Stadt über Jahrzehnte so verwachsen, wie es eben früher war. Viele kehren jedoch nach der Ausbildung oder mit der Familiengründung zurück in ihre Heimat. Kommunalpolitik sollte sich daher auch diesen Lebensmodellen anpassen. Das gilt im Übrigen auch für angemessene Sitzungszeiten, Sitzungszeitbegrenzungen und so weiter. Ehrenamt muss neben Familie und Beruf möglich sein.

Stadt und Gemeinde digital: Die Kommunalparlamente sind selten tatsächlich ein Spiegelbild der Gesellschaft. Hat die Nähe bzw. Ferne zur Kommunalpolitik vielleicht auch etwas damit zu tun, dass etwa Frauen, aber auch junge Menschen und auch jene mit Migrationshintergrund weniger repräsentiert sind?

KRÜGER: Das ist kein rein lokalpolitisches Problem, auch im Bundestag sind

diese Gruppen unterrepräsentiert – und das ist natürlich ein Problem. Um das langfristig zu ändern, muss ein Wandel auf lokaler Ebene beginnen, weil der politische Weg dort klassischerweise anfängt. Grundsätzlich bietet die kommunale Ebene die leichtesten Möglichkeiten, sich in der Politik zu beteiligen und etwas zu bewirken. Die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern sowie die vielfältige Gesellschaftsstruktur, die besonders in Großstädten sichtbar wird, machen diese zu einem einzigartigen Chancenraum für die politische Repräsentation gesellschaftlicher Vielfalt. Damit sich aber wirklich alle Menschen einbringen können, müssen Parteistrukturen auf veränderte Lebensrealitäten Rücksicht nehmen und flexibler werden.

BERGHEGGER: Ja, vollkommen richtig. Nicht nur die Gegebenheiten etwa im Rat – Organisatorisches oder auch die Kommunikationskultur – müssen an die Möglichkeiten und Bedarfe einer neuen Generation von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern angepasst werden. Auch die Parteien müssen flexibler werden. Leider verfestigt sich diese Notwendigkeit vielerorts erst dann, wenn der Nachwuchs fehlt. Aus meiner Sicht müssen wir Vorstufen des Engagements einbauen: Offene Gesprächs- und Diskussionsangebote und konkrete Projektarbeit sollten möglichst viele Menschen einbeziehen, um die politische Arbeit nahbarer und attraktiver zu machen.

Stadt und Gemeinde digital: 75 Jahre Grundgesetz! Voller Stolz blickt Deutschland in den letzten Tagen und Wochen auf dieses Jubiläum – verbunden mit der Frage, ob uns die Demokratie nicht auch ein Stück weit zu selbstverständlich geworden ist. Zugleich werden zum Teil sogar demokratische Werte in Frage gestellt, Politikerinnen und Politiker verbal und körperlich attackiert. Welche Schlüsse müssen wir aus dieser Ent-

wicklung ziehen? Wie schützen wir unsere Demokratie und den politischen Diskurs? Wie schützen wir die Politikerinnen und Politiker?

KRÜGER: Wir stehen auf jeden Fall vor einer Mammutaufgabe und diese Herausforderungen müssen wir vielfältig angehen. Spätestens seit den großen Demonstrationen nach der Correctiv-Recherche zu Jahresbeginn sollte klar sein, dass eine große Mehrheit der Menschen bereit ist, für die Demokratie einzustehen. Insofern schaue ich optimistisch in die Zukunft, weil vielen klar geworden ist, dass unsere Demokratie mit all ihren Vorzügen nicht selbstverständlich ist. Gleichzeitig nehmen Hass und Hetze bis hin zu körperlichen Angriffen gegen Amtsträgerinnen und Amtsträgern zu. Diese müssen besser geschützt werden, sie benötigen eine Anlaufstelle und dürfen als Betroffene von Gewalt nicht alleine bleiben. Als bpb haben wir deswegen in den letzten Jahren das Programm Kommunale Konfliktbewältigung durchgeführt. In Workshops konnten sich Menschen aus der Kommunalpolitik über ihre Erfahrungen austauschen und haben Hinweise erhalten, wie sie auf digitale Bedrohung und Hetze reagieren können.

BERGHEGGER: Die bpb hat, wie die kommunalen Spitzenverbände auch, wichtige Arbeit geleistet. Darüber hinaus haben jetzt viele weitere Organisationen und politische Ebenen die Notwendigkeit erkannt, die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker besonders zu schützen. Nicht besonders im Sinne von „mehr“ als andere Politikerinnen und Politiker, sondern im Sinne von „ihren besonderen Herausforderungen“ entsprechend. Es ist eine andere Ausgangssituation, ob ich als Berufspolitiker einer "höheren" Ebene von Personenschützern begleitet werde oder ob mein Wohnort und die Schule meiner Kinder vor Ort allen bekannt sind. Diese spezifische Wahrnehmung der Problematik und die darauf ausgerichteten Angebo-

te sind sehr wichtig. All das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es bei einigen wenigen eine Tendenz zu extremistischem Verhalten und eine Gewaltbereitschaft gibt, die wir nicht tolerieren können. Sie richten massiven Schaden bei den betroffenen Personen und ihren Familien an. Sie sind aber auch eine Gefahr für die Demokratie selbst. Wer Politiker angreift, greift auch die Demokratie an! Wer setzt sich noch freiwillig für die Gemeinschaft ein, wenn dieses Engagement seine körperliche und auch psychische Unversehrtheit gefährdet? Hier müssen wir die gesamte Gesellschaft mobilisieren und demokratieschädigendem Verhalten jederzeit, an jedem Ort entgegenzutreten. Allein durch mehr Polizei und mehr Stellen bei der Staatsanwaltschaft wird sich das Problem nicht lösen lassen, auch wenn das ein notwendiger Schritt ist.

Stadt und Gemeinde digital: Und zuletzt noch einmal nach Europa: Ihr Tipp für die Besetzung und das Ergebnis des Endspiels der Europameisterschaft 2024?

KRÜGER: Bei einer Heim-EM wäre es natürlich schön, wenn es die deutsche Mannschaft bis ins Finale schafft. Und mit den Fans im Rücken ist dann sicher alles möglich. Viel wichtiger ist mir allerdings, dass wir für die anreisenden Fans aus Europa und der Welt ein guter Gastgeber sind und zeigen, wie ein offenes und vielfältiges Deutschland aussieht – damit wir alle zusammen ein großes Fußballfest feiern können.

BERGHEGGER: Es wäre wirklich ein Segen, wenn die EM für ihre Fairness in Erinnerung bliebe und Deutschland für seine Gastgeberqualitäten. Die deutsche Elf dann im Finale gegen die Ukraine zu sehen, wäre ein wunderbares Erlebnis. Mit Empathie und Begeisterung kann viel erreicht werden. Das könnte dann auch positive Auswirkungen auf die Stimmung im Land insgesamt haben. ■

JEDE STIMME ZÄHLT!

PROEUROPÄISCHE DEMOKRATISCHE KRÄFTE BÜNDELN UND STÄRKEN

Bernd Hüttemann Generalsekretär der Europäischen Bewegung Deutschland e. V. (EBD)



In wenigen Tagen finden vom 06. bis 09. Juni die Wahlen des Europaparlaments statt – mit 400 Millionen potenziellen Wählern die zweitgrößten demokratischen Wahlen der Welt. Für uns als Europäische Bewegung Deutschland e. V. (EBD) bedeutet diese Wahl politischen Wettbewerb um die besten Argumente für eine starke Europäische Union und bessere EU-Gesetzgebung. Natürlich geht es angesichts des aggressiven Nationalismus Innen und Außen um nichts anderes als die Verteidigung von Freiheit, Demokratie und Recht. Die Wahl ist die Gelegenheit, proeuropäische demokratische Kräfte zu bündeln und zu stärken. Nicht erst seit dem Brexit wissen wir: Wir müssen das Vereinte Europa stärken und festigen.

KOMMUNEN ALS VORKÄMPFER FÜR DAS VEREINTE EUROPA

Im Superwahljahr 2024 finden neben der Europawahl in Deutschland auch acht entscheidende Kommunalwahlen statt. Beide Wahlen leben

von dem demokratischen Einsatz der Bürgerinnen und Bürger, die durch ihre Stimmen auf kommunaler und europäischer Ebene für eine gefestigte und repräsentative Demokratie sorgen können. In Zeiten des Krieges und gesellschaftlicher Polarisierung von undemokratischen europaskeptischen Stimmen werden zunehmend Demokratinnen und Demokraten vor Ort selbst körperlich angegriffen. Der Einsatz für das Gemeinwesen in den Kommunen bis zum Zusammenhalt in Europa gerät nicht nur in das extremistische Fadenkreuz. Unsere Demokratie wird attackiert. Deswegen gilt auf allen Ebenen: Wir brauchen den Einsatz aller Demokratinnen und Demokraten und einen fairen, demokratischen Wettstreit damit wir eine hohe Wahlbeteiligung erreichen.

KOMMUNALPARTNERSCHAFTEN BILDEN TRAGFÄHIGES NETZWERK

Die Kommunen waren schon immer Vorkämpfer für das Vereinte Europa. Kommunalpartnerschaften haben

gleich nach dem Weltkrieg ein tragfähiges Netzwerk zwischen lokaler Demokratie und Engagement in Europa etabliert. Struktur- und Förderprogramme für die regionale und lokale Entwicklung müssen und werden zwischen den Ebenen partnerschaftlich angegangen. Die großen europäischen Themen Migration und Klimawandel sind ohne gemeinschaftliche Lösungen für die Menschen und Verantwortlichen vor Ort nicht denkbar.

Um diesen Prozess zu fördern, hat sich die EBD zum Ziel gesetzt, durch ihre Politik den politischen Wettstreit innerhalb der europäischen Demokratie zu stärken. Gleichzeitig fordern wir eine verlässliche und effiziente EU-Gesetzgebung von Parlament, Rat und Kommission. Interessen auf allen Politikebenen müssen fair berücksich-

tigt werden. Entscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar sein.

EUROPA WIRKT DIREKTER – WAHLBETEILIGUNG GEHT DENNOCH ZURÜCK

Seit 75 Jahren setzt sich die Europäische Bewegung gemeinsam mit lokalen Demokratien für das grundlegende Staatsziel Europa ein. Sie hat maßgeblich zur ersten Direktwahl des Europäischen Parlamentes vor 45 Jahren beigetragen. Der Wahlkampf vor Ort war dabei immer ein großes Argument für die Direktwahl des Europäischen Parlaments. Aber trotz zunehmender Relevanz von europäischer Gesetzgebung und einer nachweislichen Stärkung der parlamentarischen Mitentscheidung, gingen über die Jahre paradoxerweise immer weniger Menschen zur Europawahl.

Erst 2019 brachte vor allem die Angst um die Nachahmung des fatalen Brexits die Menschen wieder an die Wahlurnen. Unsere über 230 Mitgliedsorganisationen haben in Betrieben, Kommunen, Vereinen, Verbänden und in Medien massiv mobilisiert. Erstmals gingen wieder weit über 60 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahl.

KAMPAGNE: NUTZE DEINE STIMME.

Auch dieses Mal initiieren wir als größtes europapolitisches Netzwerk in Deutschland eine Kampagne, an der unsere diverse Mitgliedschaft teilnehmen kann. Ziel dieser Kooperationen ist es, nicht bloß eine Erinnerung zur Wahlbeteiligung zu schaffen, sondern sachorientierte wie demokratische Gründe zur Wahlteilnahme anzubieten.



Konkret vorgesehen sind dabei Statements von Persönlichkeiten der Mitgliedsorganisationen, die das breite demokratische Spektrum verschiedener Verbände, Gewerkschaften, Bildungsträger, Unternehmen oder Parteien ausdrücken.

Dabei werden vielfältige Kommunikationskanäle genutzt, darunter soziale als auch traditionelle Medien sowie Events, um unsere Botschaften effektiv zu verbreiten. Dabei werden wir grafisch und redaktionell von einer auf digitale Kampagnen spezialisierten Agentur unterstützt.

Für die Teilnahme reicht das Ausfüllen eines PDF-Formulars, mit Statement und Foto zur Europawahl 2024. Daraus werden entsprechende Templates erstellt, die für Social-Media-Kanäle, Webseiten oder etwaige Publikationen verwendet werden können.

Mit dieser Kampagne will die EBD grundlegend die Beteiligung an der Europawahl steigern und die Bedeutung der Europäischen Union für die Lebensrealität der einzelnen Unionsbürger und -bürgerinnen hervorheben.

Gleichzeitig soll sie als eine Ermutigung dienen, sich selbst einzubringen und so aktiver Teil des demokratischen Wettbewerbs der Argumente zu werden.



Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der EBD liegt in der Bewertung der Wahlprogramme der politischen Parteien im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit den europäischen Werten und Prioritäten. Hierzu wurde eine detaillierte Synopse erstellt, die die Wahlprogramme anhand von sechs Thesen der EBD analysiert. Diese Thesen umfassen die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, die Reform der EU-Institutionen, die bessere Koordinierung der deutschen Europapolitik, die Stärkung europäischer Verantwortung, die Verteidigung der Freiheit in Europa und die Reform des gemeinsamen Asylsystems. Anhand dessen fällt es leichter, die Parteiprogramme einzuordnen und so Orientierung für die kommenden Wahlen zu haben.

EUROPA MITGESTALTEN

Die Europawahlen 2024 sind eine entscheidende Gelegenheit für die Bürger, ihre Stimme zu erheben und die Zukunft Europas mitzugestalten. Die EBD und ihre Mitgliedsorganisationen setzen sich dafür ein, die Wahlbeteiligung zu erhöhen und die Bedeutung der Europäischen Union für das tägliche Leben der Menschen zu verdeutlichen. Jede Stimme zählt – Nutzen wir sie, um gemeinsam eine starke und geeinte Europäische Union aufzubauen. ■



Brüsseler GERÜCHTE

von Dr. Klaus Nutzenberger

Nachdem der DStGB in der letzten Zeit – allein schon durch die vorherige Ausgabe der Stadt und Gemeinde digital – viel über Europa und seine kommunalrelevanten Themen berichtet hat, entsteht sicher bei dem einen oder anderen Leser der Eindruck, dass jetzt einmal genug über Brüssel und seine politischen Entscheidungen und Herausforderungen geschrieben worden ist. Irgendwann ist auch mal Schluss, schließlich gibt es in Deutschland ja auch noch andere (Kommunal-)Themen. Berlin ist – wenn ich meinen Kolleginnen und Kollegen in der Hauptgeschäftsstelle folge – momentan mindestens so spannend wie die Stadt in Flandern. Nun ja, das ist sicherlich richtig. Keine Regierung in Europa ist momentan so zerstritten wie die deutsche und überbietet sich in einem politischen „Hü und Hott“ und keine Volkswirtschaft in Europa lahmt momentan so wie die deutsche. Obwohl – das stimmt nicht ganz. Die europäische „Supermacht“ Finnland liegt noch hinter uns. Die Beispiele ließen sich noch ergänzen, wenn man auf die Sozial-, Bildungs- und Migrationspolitik hinweist. Sie sind bald Legion. Da kann sogar der deutsche Dauerspott seit den fünfziger Jahren über Italien

nicht mehr mithalten. Dolce vita und der Spruch: „Es gibt viel zu tun. Lassen wir es sein“ gilt nicht mehr (ausschließlich) für Rom. Die Deutschen holen auf. In einem beängstigenden Tempo, das an die Wachstumsraten der fünfziger Jahre erinnert. Sie tun das übrigens schon seit mehr als dreieinhalb Jahren. Also, insofern tritt die nationale Ebene wieder stärker nach vorne, und zwar zu Recht. Die Hauptfeuer sind jetzt einmal zu löschen.

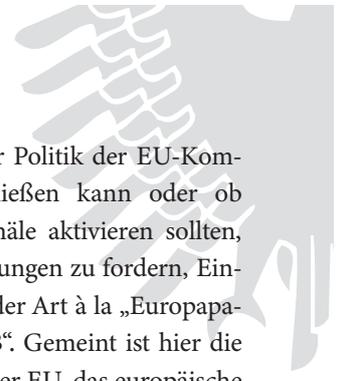
Dennoch seien auch jetzt einige weitere Europapunkte erwähnt. Sie haben mittelbaren und unmittelbaren Bezug zu unserem Land und zu seinen Kommunen und sind daher nicht unwichtig; nur ist ihre Bedeutung eben nicht so vordergründig sichtbar.

Kommen wir zu Punkt 1, der „großen“ Politik: Durch die Wahlen zum Europäischen Parlament und seinen danach erfolgenden parteipolitischen Konstellationen wird oft der Blick darauf verwehrt, dass nach den Wahlen auch die Europäische Kommission neu besetzt wird. Natürlich nicht die gesamte Verwaltung, sondern nur die Kabinette der Kommissare und die Kommissare selbst. Daran wirkt das EP mit, aber

mitentscheidend sind die Nationalstaaten. Bekanntlich kandidiert Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin und hat auch gute Chancen, es zu werden. Doch vergessen wir eins nicht: Der Präsident oder die Präsidentin wird mit qualifizierter Mehrheit von den Nationalstaaten vorgeschlagen (mindestens 15 von 27 Staaten und 65 Prozent der Bevölkerung der EU) und danach erst mit absoluter Mehrheit vom EP gewählt. Nach diesem Vorgang stellt sich die gesamte Kommission noch einmal dem EP zur Wahl.

Qualifizierte Mehrheit also. Nun, rechnen wir einmal grob nach. Wer könnte denn Frau von der Leyen bei dem Vorschlag zur Präsidentschaft kritisch gegenüberstehen und sie nicht vorschlagen wollen? Da wären vielleicht Italien (ca. 13 % der Bevölkerung), Schweden (ca. 2 %), Polen (ca. 8 %), Finnland (1,2 %), Belgien (ca. 2 %), Kroatien, Slowenien, Slowakei (ca. 2,5 %), Ungarn (ca. 2 %) und – jetzt kommt es – die Niederlande (ca. 4 %) zu nennen. Alle diese Regierungen stehen dem liberalen Teil der europäischen Politik nicht ganz so nahe. Auch Tschechien, Rumänien und das eine oder andere Baltikumland wären noch zu beachten. Fehlt nicht mehr viel. Steht also der Sturz der deutschen Präsidentin bevor?

Nein, wahrscheinlich nicht. Die potenzielle Fronde gegen die EU-Chefin ist nicht einig und ein Gegenkandidat fehlt. Auch wartete Frau von der Leyen nicht wie das Kaninchen auf die Schlange, d.h. sie blieb nicht untätig und suchte den Kontakt mit ihren möglichen Gegnern. So war sie klug genug, Italien zu beruhigen, was man an ihrem Engagement in der Migrationsfrage in Bezug auf das Mittelmeer sieht. Auch war ihr kürzlicher Besuch in Finnland erstaunlich, aber erfolgreich als sie auf eine strikte Sperre der



finnischen Grenze gegenüber Russland pochte, um die dortige Migration zu unterbinden. Die Partei, "Die wahren Finnen", die rechte Regierungspartei, wird dies in Helsinki wohlwollend zur Kenntnis genommen haben. Insofern kann man als „von der Leyen-Fan“ ganz beruhigt sein. Ihre Mehrheit steht.

Allerdings ist mit ihrer Kandidatur dann doch ein Manko verbunden. Das ist nicht ihre Schuld, sondern systemimmanent und es gleicht etwas den Kandidaturen der deutschen Kaiser im Mittelalter. Ähnlich wie die EU war nämlich das deutsche Heilige Römische Reich eine Wahlmonarchie, d.h. man war abhängig von einer speziellen Art von Wählern. Damals waren es die Fürsten, später die Kurfürsten und heute sind es die nationalen Regierungen, die den Kaiser oder eben die EU-Kommissionspräsidentin einsetzen. Das EP spielt hier nicht die Rolle, an die wir uns in den demokratischen Ländern gewöhnt haben. Will man nun erfolgreich sein und überhaupt erst einmal nominiert werden, dann musste und muss man „Kapitulationen“ akzeptieren. Das Wort Kapitulation wird in der deutschen Sprache seit der „bedingungslosen“ Kapitulation von 1945 – was ja nichts anderes als Totalübergabe der Staatsgeschäfte und Aufgabe der Staatlichkeit hieß – allerdings etwas schief interpretiert. Hier ist keine Totalaufgabe gemeint, sondern ein „do ut des“ Geschäft auf höchster Ebene. Es folgte und folgt bei Friedrich Barbarossa, Otto von Habsburg und Ludwig dem Bayern bis hin zu Ursula von der Leyen immer dem gleichen Prinzip und lautet: Wenn Du uns in verschiedenen Fragen unterstützt, dann sind wir Dir treu und helfen Dir, wenn nicht, blockieren wir. Der jüngste Fall einer „Kapitulationsanfrage“ seitens der „Kurfürsten“ erfolgte dann auch vor einigen Tagen:

15 Staaten, i.e. Bulgarien, Tschechien, Dänemark, Finnland, Estland, Griechenland, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen und Rumänien, ersuchten die EU-Kommission um eine Verschärfung der Migrationspolitik, und zwar über das gerade getroffene Maß hinaus. Hier winkt man auf Ebene der Nationalstaaten schon mit dem Zaunpfahl.

Vergleichen Sie übrigens mal diese Liste mit den oben genannten Staaten, dann erkennen Sie eine große Übereinstimmung. Der Druck bleibt demnach in der Migrationsfrage hoch, wobei auffällig ist, dass die beiden großen Staaten, Deutschland und Frankreich, nicht dabei sind. Man hält in Berlin und Paris an der bisher gezeigten liberalen Haltung in dieser Frage fest. Zumindest in Frankreich ist das ein gewagtes Spiel. Die le Pen Partei steht dort bei 32 Prozent und die zweite, Macrons Partei, liegt bei 16 Prozent.

Punkt 2 der Liste, die „kleine“ Politik, hängt ebenfalls mit der Gesamtlage in Europa zusammen, macht aber den kommunalen Bezug noch deutlicher.

Es ist bekannt und auch schon an anderer Stelle erwähnt worden, dass im EP in den letzten Monaten eine Tendenz zu beobachten war, die man mit dem Satz umschreiben kann: Liebe Kommission, mache bitte bei der Umsetzung des Green Deals etwas mehr halblang. Wir, die nachgeordneten Ebenen, kommen finanziell und administrativ nicht mehr mit. Besser und natürlich politisch abgewogener formuliert, wird diese These auch in der Stellungnahme des DStGB zur Europawahl. Inhaltlich unterscheiden sich beide Aussagen kaum. Eher als gedacht kommt es nun auch in einem für die kommunale Seite sehr wichtigen Bereich zu einem Schwur, inwiefern der

DStGB sich der Politik der EU-Kommission anschließen kann oder ob wir unsere Kanäle aktivieren sollten, um Einschränkungen zu fordern, Einschränkungen der Art à la „Europapapier des DStGB“. Gemeint ist hier die Ankündigung der EU, das europäische Vergabewesen zu reformieren. Das Vergabewesen ist in Deutschland ein bedeutender Faktor. Nach Auskunft der Kolleginnen und Kollegen in Berlin liegt die finanzielle Bedeutung dieses Bereiches bei ca. 300 Mrd. Euro insgesamt, wobei die Kommunen irgendwo zwischen 100 und 200 Mrd. Euro als Betroffene und Entscheider beteiligt sind. So weit, so gut.

Die Nachricht, dass die EU-Kommission in ihrem Bereich (Binnenmarkt-relevanz) die Dinge regeln will, kann zweierlei Gründe haben. Erstens, sie will das ganze System entschlacken, moderner machen und auf die wirtschaftlichen Herausforderungen der Zeit – sagen wir mal – nach 2030 einstellen. Stichwort wäre hier: Weniger ist mehr. Eine These, die von kommunaler Seite sicherlich begrüßt werden würde. Doch so richtig glaubt der Autor nicht an dieses Ziel. Wahrscheinlicher ist Zweitens, dass die EU-Kommission das EU-Vergabewesen an die Anforderungen des Green Deals und hier insbesondere der Taxonomie anpassen will. Das wäre so ungefähr das, was der DStGB nicht will. Und hier liegt auch der Punkt, warum das Europabüro den Kolleginnen und Kollegen in Berlin leider den Spaß verderben muss, sich – was mehr als verständlich wäre – allein dem nationalen Zirkus zuzuwenden. Die Anfrage an die Generaldirektorin der GD Wettbewerb ist raus. Wir sprechen voraussichtlich in Kürze mit ihrer rechten Hand, einem Franzosen. Die Zirkuspferde in Brüssel sind also schon angespannt. Mal sehen, ob sie links `rum oder rechts `rum traben. ■



KOMMUNALE ENTWICKLUNGSBEIRÄTE CHANCE FÜR GEMEINWOHL UND DEMOKRATIE

Prof. Dr. Gesine Schwan Berlin Governance Platform

Die freiheitliche Demokratie steht weltweit unter Druck – nicht nur in Deutschland. Eine durchdachte Erweiterung von Bürger*innenbeteiligung bietet die Chance, sie zu stärken – vor allem, aber nicht nur auf der Ebene der Kommunen.

Der Kern des Misstrauens, das nicht nur der Praxis der Demokratie, sondern inzwischen auch dem politischen System entgegenschlägt, liegt darin, dass sie hinter ihrem Versprechen, der gleichen Freiheit aller, der Gerechtigkeit als Chancengleichheit auf den verschiedenen Lebensgebieten zu dienen, zunehmend zurückbleibt. Man erkennt nicht mehr, dass die repräsentative Demokratie dem Gemeinwohl verpflichtet ist.

KOMMUNALE ENTWICKLUNGSBEIRÄTE ALS CHANCE

Kommunale Entwicklungsbeiräte können die Gemeinwohlorientierung politischer Entscheidung wiederbeleben und stärken. In diesen erarbeiten,

nach dem Multi-Stakeholder-Prinzip, Vertreter*innen der Politik (des Oberbürgermeisters, Exekutive/Verwaltung) und des Stadtrates (Legislative) gemeinsam mit Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft (Interessenverbänden, Bürger*inneninitiativen) und der Wirtschaft (Unternehmen/Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern) die langfristigen Orientierungslinien und die dazugehörigen Umsetzungskriterien für die Entwicklung ihrer Kommune. Dabei kann es zum Beispiel um die Entwicklung von Branchen, von neuen Mobilitätssystemen, Infrastruktur oder Daseinsvorsorge (Wohnen, Gesundheit etc.) gehen.

MULTI-STAKEHOLDER ANSATZ UND DELIBERATION

Das Besondere ist dabei der sogenannte Multi-Stakeholder Ansatz. Die sehr unterschiedlichen Interessen innerhalb der kommunalen Gesellschaft kommen zusammen und legen ihre Ziele und Positionen auf den Tisch.

Der lotet vertraulich, über Argumente und vor allem Begründungen der eigenen Standpunkte aus, ob und unter welchen Bedingungen ihre legitimen Einzelinteressen mit denen aller anderen vereinbar sind und wo gegebenenfalls Kompromisse gefunden werden können. Aus dieser Deliberation gehen möglichst einstimmige Empfehlungen hervor. Sie stecken den Rahmen für die politischen Einzelentscheidungen

» Das aktive demokratische Zusammenwirken sowie das sachliche Begründen von Interessen und Perspektiven im Kommunalen Entwicklungsbeirat hilft, die destruktiven Ansätze rechtsextremer politischer Kräfte in der Praxis zu demaskieren. Wir sind zuversichtlich, dass Menschen so auch für die Demokratie zurückgewonnen werden können.«

Hamid Mohseni und Felix Müller, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

„Bewährt vor Ort“: Sieben kommunale Innovationen erhalten Siegel

Kommunale Verwaltungen stehen vor immer komplexeren Herausforderungen, innovative Ansätze sind dringend gefragt. Gleichzeitig gibt es überall in Deutschland funktionierende Lösungen. Was an einem Ort schon erfolgreich erprobt wurde, könnte an viel mehr Orten wirken. Zu diesem Zweck vergibt der Deutsche Städte- und Gemeindebund gemeinsam mit Re:Form, einer Allianz von Verwaltungspionier:innen, das Siegel „Bewährt vor Ort“. Ziel ist es, bewährte Lösungen aus der Praxis deutscher Verwaltungen in die Breite zu bringen und die Innovationskraft von Kommunen sichtbar zu machen. In den nächsten Ausgaben der „Stadt und Gemeinde digital“ wird jeweils eins der sieben ausgezeichneten Projekte vorgestellt. Den Anfang machen die „Kommunalen Entwicklungsbeiräte“, vorgestellt von Gesine Schwan.



Weitere Informationen unter:

www.reform-staat.org/bewahrt-vor-ort/



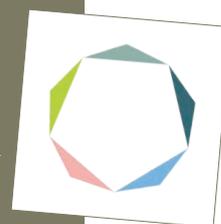
Kommunale Entwicklungsbeiräte

Ein Kommunalen Entwicklungsbeirat (KEB) ist ein Beteiligungsgremium. Es wird von der lokalen Politik beauftragt, eine spezifische, die Kommune bewegende Fragestellung zu bearbeiten. Rund 30 Personen, die kommunale Politik und Verwaltung, sowie die lokale Wirtschaft und Zivilgesellschaft vertreten, werden als Beirat*innen ausgewählt. Im Verlauf eines Jahres kommen sie in vier ganztägigen Sitzungen zusammen, um gemeinsam konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Kommunale Entwicklungsbeiräte

basieren auf der Überzeugung, dass kommunale Entwicklung dann am besten funktioniert, wenn alle wichtigen Interessensgruppen zusammen Ideen entwickeln. Eine professionelle Prozessbegleitung und Moderation der Berlin Governance Platform schafft den Rahmen für einen moderierten Dialog, der es allen ermöglicht, sich auf Augenhöhe zu begegnen.

In gemeinsamer Arbeit entsteht ein Empfehlungspapier, das Visionen, Leitlinien und Maßnahmen umfasst. Dieses wird daraufhin dem gewählten Rat zur Bewertung und Entscheidung über eine mögliche Umsetzung vorgelegt.



Weitere Informationen unter:

governance-platform.org/entwicklungsbeiraete



Kontakt

Daphne Bülllesbach

dbuellesbach@governance-platform.org

030 20076167

ab, die von den gewählten demokratischen Vertreter*innen getroffen werden.

GRUNDKONSENS EINER PLURALISTISCHEN GESELLSCHAFT

Unsere repräsentative Demokratie soll sowohl die verschiedenen Einzelinteressen in unseren Gesellschaften als auch das Gemeinwohl für alle „repräsentieren“ – also in den politischen Entscheidungen „vergegenwärtigen“. Deshalb heißt sie so. Aber anders als ihre Gründungstheoretiker*innen, vor allem Ernst Fraenkel annahmen, gelingt es nicht, allein durch die politischen Auseinandersetzungen und Konflikte hindurch immer wieder zu einem „Grundkonsens“ vorzustoßen. Einen solchen lebendigen Grundkonsens (über die Zustimmung zum Grundgesetz hinaus), zum Beispiel über das Maß an tolerierbarer Ungerechtigkeit oder über die Sicherung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, aber brauchen wir, wenn die vielen Einzelkonflikte unsere Gesellschaft nicht zerreißen sollen.

Wir müssen deshalb unsere Demokratien weiterentwickeln und Verfahren wie Prozesse einrichten, um immer erneut unsere lebendige Übereinstimmung (unseren Grundkonsens) über die Werte und Prinzipien unseres politischen Zusammenlebens gemeinsam zu erarbeiten und in politische Entscheidungen umzusetzen.

KOMMUNALE ENTWICKLUNGSBEIRÄTE ORGANISIEREN GRUNDKONSENS UND GEMEINWOHL

Das geschieht vorbildlich in Kommunalen Entwicklungsbeiräten, in denen die Vertreter*innen der unterschiedlichen und gegensätzlichen Interessen

der Stadtgesellschaft ihre Positionen und Unterschiede gemeinsam auf ihre Gemeinwohlfähigkeit hin prüfen, um zu Kompromissen zu gelangen. So ermöglichen sie einen Zusammenhalt der Gesellschaft, der auf Inklusion, nicht auf Ausschluss „Fremder“ beruht und nicht nur „gefühl“ ist, sondern rationaler Auseinandersetzung standhält.

Um „Fensterreden“ zu vermeiden, bedarf es dabei der Vertraulichkeit. Veröffentlicht werden können und sollen die vorgetragenen Argumente, damit die Stadtgesellschaft informiert bleibt, aber nicht, welche Personen diese eingebracht haben (Chatham House Rule).

KOOPERATION VON LEGITIMIERTER POLITIK UND NICHT LEGITIMIERTEN GESELLSCHAFTLICHEN AKTEUR*INNEN

Dass legitimierte Entscheider*innen und nicht legitimierte Interessenvertreter*innen zusammen beraten, hat viele Vorteile. Zum einen hilft es, wenn die Entscheider*innen an der Beratung beteiligt und über die ausgetauschten Argumente informiert sind. Wenn sie ihre eigenen Argumente einbringen, können sie sich mit dem Ergebnis identifizieren und sind an der Umsetzung interessiert.

Zum anderen wirkt es innovativ und schafft eine kreative Atmosphäre, wenn die verschiedenen Logiken der „Stakeholder“ sich kennenlernen können (und wollen) und im gegenseitigen Verständnis leichter und kreativer Lösungen finden. Insbesondere Verwaltungen und Bürger*inneninitiativen leben oft in sehr unterschiedlichen Welten und Kulturen. Es ist gut, wenn sie gegenseitig die Berechtigung der anderen Logiken nachvollziehen kön-

» Der Beirat ist der Auftakt für eine neue Kultur des Miteinanders, des gemeinsamen Gestaltens und Entwickelns.«

Kathrin Uhlemann, Oberbürgermeisterin von Niesky

nen. Bürger*inneninitiativen werden dann mehr auf die „Realität“ verwiesen. Verwaltungen erkennen, dass ihre Kontrahenten nicht einfach jenseits der Realität und der Rechtsvorschriften „spinnen“. Gemeinsam können sie neue Wege finden.

Im Ergebnis, das haben praktische Versuche mit Kommunalen Entwicklungsbeiräten gezeigt, entsteht so Vertrauen zwischen den Akteur*innen, weil sie sich zuhören, besser verstehen und lernen, dass Politik eher gemeinwohlorientiert entscheiden kann, wenn die Gesellschaft zuvor ihre eigenen Interessenkonflikte geklärt und ausgehandelt hat. In unseren komplexen pluralistischen und zum Teil zerklüfteten Gesellschaften können Politiker*innen allein dies nicht mehr zu Wege bringen. Die Gesellschaft muss sich um ihr Gemeinwohl auch selbst kümmern. ■



Prof. Dr. Gesine Schwan
Präsidentin der
Berlin Governance Platform

BERLIN
GOVERNANCE
PLATFORM

WÄRME NEU GEDACHT



**FACHMESSE FÜR DIE
WÄRMEVERSORGUNG DER ZUKUNFT**

26.–28. November 2024
Messe Dortmund

www.heatexpo.de

 **HEATEXPO**



HACKER SCHOOL

PROGRAMMIEREN LERNEN AN SCHULEN ERMÖGLICHEN



Das Förderpaket vom Digitalpakt Schule läuft im Mai 2024 aus. Wie es weitergehen soll, wird gerade zwischen Bund und Ländern neu verhandelt. Die Verhandlungsbasis liegt bei rund einer Milliarde Euro. Klar ist: Noch immer hinken viele Schulen mit technischer Ausstattung und digitaler Infrastruktur hinterher. Doch dort, wo das WLAN funktioniert und Laptops vorhanden sind, bringt die Hacker School die Programmier-Skills bundesweit ganz kostenlos direkt in die Schulklassen. Die gemeinnützige Organisation aus Hamburg weiß: Die Vermittlung digitaler Grundkenntnisse und Basisfähigkeiten im Programmieren ist für die meisten Schulen eine enorme Herausforderung. Auf der anderen Seite ist es existenziell, die Schüle-

rinnen und Schüler auf ein Leben in einer immer digitaler werdenden Gesellschaft und die damit verbundenen Zukunftsberufe vorzubereiten.

Mit Hacker School @yourschool geht es ganz einfach, allen Schülerinnen und Schülern in Deutschland den Zugang zum Programmieren und den 21st Century Skills zu ermöglichen. Das Konzept der Hacker School basiert auf einer engen Kooperation mit engagierten Unternehmen und ihren Mitarbeitenden, Studierenden und Auszubildenden aus dem IT-Bereich. Diese fungieren mit dem Titel "Inspirer" als Coaches in den Kursen und teilen ihr Wissen und ihre Begeisterung für das Programmieren mit den Jugendlichen. „An einem Vormittag kommen wir online in Schulklassen, gemeinsam

mit den Inspirern, die ihre gesellschaftliche Verantwortung ernst nehmen und ihr Wissen teilen. Wir brauchen die Unternehmen als strategische Partner in genau dieser digitalen Lernkette, um nachhaltig einen Unterschied zu machen“, berichtet Dr. Julia Freudenberg, CEO der Hacker School.

In den rund vierstündigen Kursen lernen die Jugendlichen im Klassenverband, aufgeteilt in kleine Teams mit einer 1:6 Betreuung, anhand einfacher, erprobter Konzepte das Coden mit Python, HTML & CSS, Scratch oder MakeCode. Vorwissen ist dabei nicht nötig. Ein kleines selbst programmiertes Spiel oder die erste selbst gestaltete Webseite sind die Ergebnisse des Vormittags. Dazu kommt eine Orientierungseinheit über IT-Berufe,



© Stefan Schurr/Westend61/Adobe Stock

GRÜNE WÄRME FÜR DÖRFER & STÄDTE

Online-Seminarreihe der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe 2024/25



Planung, Förderung & Potenziale

19. Juni 2024

Wirtschaftlichkeit und kommunale Wertschöpfung der Wärmeversorgung mit Bioenergie und weiteren erneuerbaren Energien

2. Oktober 2024

Holzpellets – Moderner Brennstoff für die Wärmebereitstellung im urbanen Raum

11. Dezember 2024

Biogas und Biomethan in der kommunalen Wärmeversorgung

5. Februar 2025

Wärmeplanung und Transformation der Fernwärmeversorgung mit erneuerbaren Energien

16. April 2025

Geschäftsmodelle, Finanzierung und Förderung für erneuerbare Nahwärmeversorgung

Wärmekonzepte für eine klimaneutrale Kommune

Eine zukunftsfähige, nachhaltige Energieversorgung ist für Gemeinden und Landkreise unumgänglich geworden.

Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden veranstaltet die FNR die Online-Seminarreihe „Grüne Wärme für Städte und Dörfer“. Auf der Agenda stehen Themen wie die Vorstellung erfolgreicher Bioenergie-Kommunen in Deutschland, verschiedene Kombinationen von erneuerbaren Energien für eine größtmögliche Versorgungssicherheit, Planungs- und Umsetzungsschritte, die Nutzung von verfügbaren lokalen Rohstoffpotenzialen sowie verschiedene Geschäfts- und Finanzierungsmodelle.



Anmeldung

Die Teilnahme an den Online-Veranstaltungen ist kostenfrei.

veranstaltungen.fnr.de/gruene-waerme

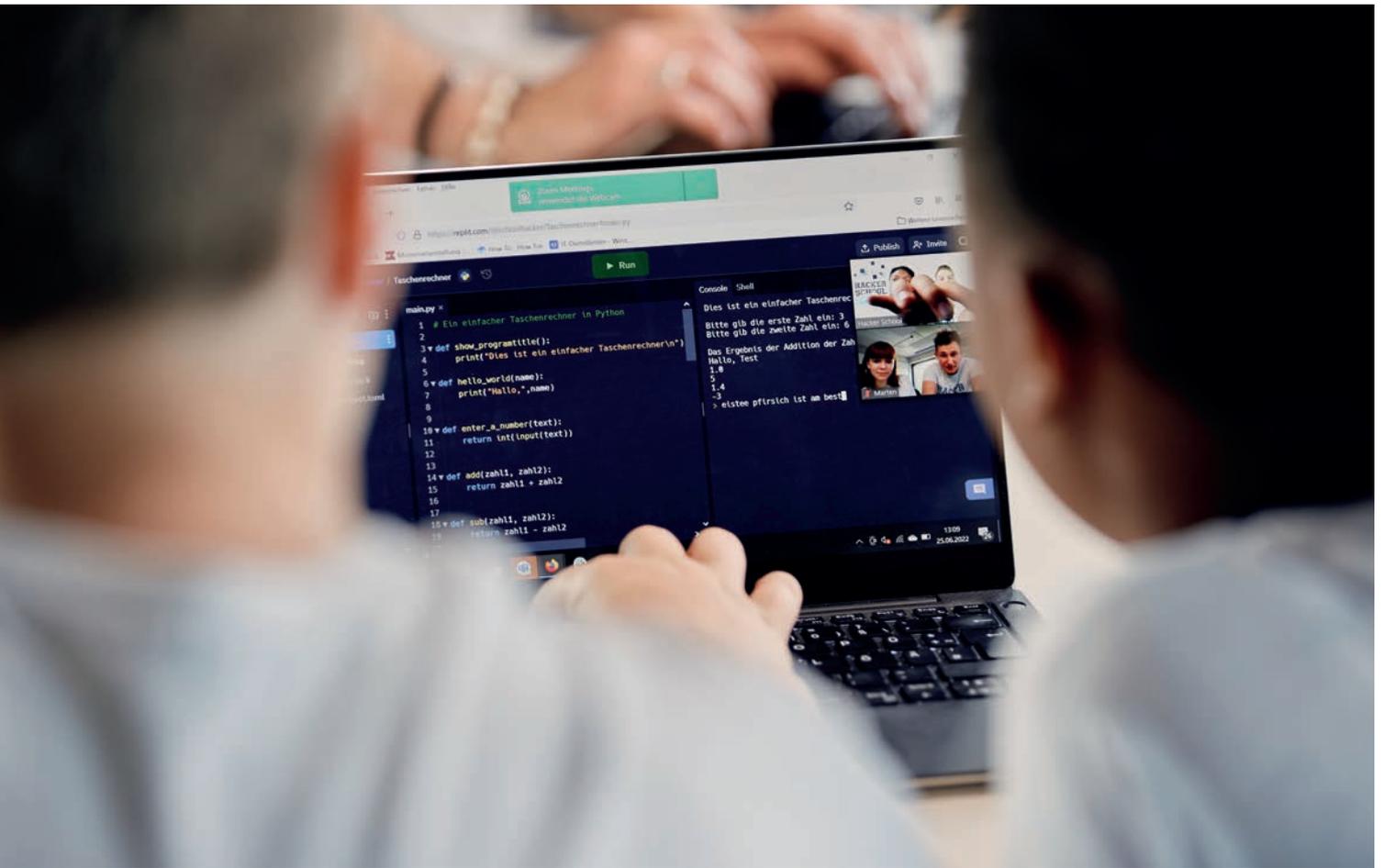


Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages



denn die Inspirer berichten von ihrem eigenen Weg in den Beruf sowie ihren persönlichen Erfahrungen.

Seit inzwischen zehn Jahren widmet sich das stetig wachsende Team der Hacker School darum, Programmier- und Zukunftsskills an Kinder und Jugendliche zu vermitteln, seit

MOTIVATION UND BEGEISTERUNG DURCH POSITIVE ERFAHRUNGEN

Das Ziel ist, Begeisterung zu wecken und zu zeigen, wie spannend und bereichernd Lernen sein kann. „An den Schulen erreichen wir Kinder al-

sind. Es ist uns eine Herzensangelegenheit einen Raum zu schaffen, in dem Kinder sich trauen können, zu experimentieren und auszuprobieren. Wir machen in den Schulkursen immer wieder die Erfahrung, dass selbst diejenigen, die zuerst gar keine Lust haben, das Programmieren kennenzulernen, anschließend begeistert sind und mit leuchtenden Augen unbedingt an ihrem Projekt weiterarbeiten möchten“, berichtet Frederick Matern, der mit dem Yourschool-Team alles Organisatorische mit den Schulen koordiniert. Für Lehrkräfte entsteht in der Regel kein großer Mehraufwand. Für Schulen ist und bleibt das Angebot der Hacker School kostenfrei, denn es wird durch Stiftungen und öffentliche Förderungen finanziert, die das Angebot an Schulen bundesweit möglich machen. Ziel ist es, dass jedes Kind in Deutschland die Chance bekommt, programmieren einmal auszuprobieren. Nächster geplanter Meilenstein

» Für Schulen ist und bleibt das Angebot der Hacker School kostenfrei, denn es wird durch Stiftungen und öffentliche Förderungen finanziert, die das Angebot an Schulen bundesweit möglich machen. Ziel ist es, dass jedes Kind in Deutschland die Chance bekommt, programmieren einmal auszuprobieren.«

2024 unter der Schirmherrschaft von Deutschlands First Lady Elke BÜdenbender. Neben den Angeboten für Schulen finden auch Freizeitkurse ihren Platz, sowohl online als auch vor Ort bei engagierten IT-Unternehmen.

ler Hintergründe und fördern auch besonders Mädchen und sozioökonomisch benachteiligte Kinder. Wir wollen positive Kontakte mit IT schaffen und den Kindern zeigen, wie relevant digitale Kompetenzen für ihre Zukunft



ist im Jahr 2030: Ab dann will die Hacker School eine Million Kinder pro Jahr erreichen.

MÄDCHEN UND JUNGEN GLEICHERMASSEN ERREICHEN

In Deutschland wählen noch immer zu wenige Mädchen IT-Berufe, trotz vorhandener Fähigkeiten. Sie verpassen die Chancen in einer zukunftsträchtigen, gut bezahlten Branche. Auch bleibt eine Möglichkeit ungenutzt, die Gleichberechtigung in Deutschland mit voranzutreiben. Durch ihr Engagement an Schulen erreicht die Hacker School Mädchen und Jungen gleichermaßen. Und in den Kursen erkennen sie, dass programmieren kooperativ, kommunikativ und kreativ ist und man sogar Spaß an der Zusammenarbeit in einer bunten Community hat. Durch

Aktivitäten, die auf Augenhöhe mit den Kindern stattfinden, lernen diese, dass sie keine Ergebnisse liefern müssen und, dass der Prozess des Ausprobierens und Lernens im Vordergrund steht. Integriert werden zudem immer wieder auch Themen wie Medienkompetenz und der Umgang mit Informationen. Durch das Verständnis der Mechanismen hinter sozialen Medien und Algorithmen lernen die Jugendlichen, kritischer mit den Informationen im Netz umzugehen und mündiger in ihrer Nutzung digitaler Medien zu werden.

Das Team der Hacker School weiß

durch den stetigen Austausch mit Eltern, Schulen und Unternehmen, dass wir gerade jetzt viele junge Menschen für MINT-Fächer gewinnen müssen, damit sie die neuen Technologien verstehen und mitgestalten können; gerade im immer wichtiger werdenden Kontext mit Künstlicher Intelligenz. Programmieren zu lernen, hilft dabei, Verständnis zu schaffen und Ängste abzubauen. Und weil Schulen das allein kaum bewältigen können, unterstützt die Hacker School dabei. Also: Einfach anmelden und loslegen! ■

Weitere Informationen unter:
<https://hacker-school.de/schule/>



Anmeldung zum Infotermin für Lehrkräfte:
<https://hacker-school.de/schule/>



So funktioniert Hacker School @yourschool -
ein visueller Eindruck als Kurzfilm:
<https://www.youtube.com>



„IHRE GRUNDSTEUER VOR ORT“

Die Grundsteuer ist mit einem Aufkommen von fast 16 Mrd. Euro eine zentrale Säule der Kommunalfinanzierung. Über sie werden Schulen, Kitas, Straßen und Spielplätze gebaut oder örtliche Kultur- und Sportangebote finanziert. Letztlich könnte das, was eine Gemeinde lebenswert macht, ohne die Grundsteuer nicht finanziert werden. Weil die Bewertung des Grundbesitzes, auf der die Grundsteuer aktuell noch aufbaut, völlig veraltet ist, hat das Bundesverfassungsgericht eine Reform eingefordert, die bis Ende dieses Jahres abzuschließen ist. Ab dem Jahr 2025 kann die Grundsteuer nur noch auf Basis neu berechneter Grundsteuerwerte erhoben werden. Welches Modell dabei zur Berechnung des Grundsteuerwertes zur Anwendung kommt, obliegt den Bundesländern.

In der Mehrzahl der Länder gilt das Grundsteuer-Reformgesetz des Bundes. Sachsen, Saarland und Berlin weichen lediglich mit einer landeseigenen Grundsteuermesszahl ab. Die Länder Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Hamburg setzen gänzlich andere Modelle um. Unabhängig vom gewählten Grundsteuermodell waren alle Grundsteuerpflichtigen bis zum 31. Januar 2023, bzw. im Freistaat Bayern bis zum 30. April 2023, verpflichtet ihre Grundsteuererklärung abzugeben. Anfang dieses Jahres fehlten gleichwohl immer noch rund 1,5 Millionen Erklärungen. Der Bearbeitungsstand der Grundsteuererklärungen seitens der Finanzämter ist in den Ländern unterschiedlich. Zu häufig liegen den Gemeinden aber noch zu wenige Grundsteuerwertbescheide vor, um aussagekräftig den notwendigen neuen Hebesatz ab dem Jahr 2025 berech-

nen, geschweige denn beschließen zu können. Dies sollte jedoch in diesem Jahr möglichst noch passieren, die Finanzämter müssen hier liefern.

Mit der Anpassung der Grundsteuer-Hebesätze durch die Städte und Gemeinden tritt die Reform der Grundsteuer in diesem Jahr, auch kommunikativ, in die nächste Phase ein. Es ist davon auszugehen, dass Nachfragen zur Grundsteuer seitens der Steuerpflichtigen bei den Städten und Gemeinden stetig weiter zunehmen werden. Zur kommunikativen Unterstützung der Kommunen hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsverbänden sog. „Grundsteuer FAQ“ sowie den Grundsteuer-Flyer „Ihre Grundsteuer vor Ort“ zur Bürgerinformation erstellt.

Beispiel B:

Ihre Viereinhalb-Zimmer-Wohnung liegt in einem früher einmal beliebten Ortsteil der Gemeinde. Das Umfeld hat über die letzten Jahrzehnte jedoch erheblich an Attraktivität eingebüßt, die Nachfrage hat sich auf andere Gebiete verlagert. Die Folge: Ihre Wohnung dürfte nicht im gleichen Maße wie andere Immobilien der Gemeinde an Wert zugelegt oder sogar Wert eingebüßt haben. Die Steuerlast wird unter solchen Umständen eher sinken.

WAS BEDEUTET AUFKOMMENSNEUTRALITÄT?

Der Begriff wird oft missverstanden. Er bedeutet nur, dass die Gemeinde nach Umsetzung der Reform ihr Grundsteueraufkommen insgesamt stabil halten kann – also im Jahr 2025 ähnlich viel an Grundsteuer einnimmt wie in den Vorjahren, als die Reform noch bevorstand. Die Reform als solche soll also kein Grund dafür sein, dass sich das Aufkommen verändert.

Aufkommensneutralität bedeutet jedoch nicht, dass die individuelle Grundsteuer gleichbleibt. Wenn die Neubewertung ergibt, dass die Immobilie im Vergleich stark an Wert zugelegt hat, wird künftig mehr Grundsteuer fällig – auch dann, wenn die Gemeinde 2025 ihr Gesamtaufkommen an Grundsteuer nicht erhöht.

DARF DIE GRUNDSTEUER AB 2025 ÜBERHAUPT ERHÖHT WERDEN?

Keine Stadt und keine Gemeinde wird wegen der

Reform die Grundsteuer erhöhen. Dennoch kann es vor Ort sehr konkrete Zwänge geben, die Grundsteuer anzuheben – völlig unabhängig von der aktuellen Reform. Die Gemeinden sind gesetzlich verpflichtet, ihre Haushalte auszugleichen. Reichen die Mittel für die aktuellen Aufgaben nicht aus – die Mittel für die aktuellen Aufgaben nicht aus – zum Beispiel, weil dringend eine Kita gebaut werden muss – muss der Rat entscheiden, an welchen Stellen gespart werden soll oder ob es nötig ist, Steuern zu erhöhen. Solche Entscheidungen zu treffen, ist für alle Beteiligten immer schwierig.

Keine Stadt oder Gemeinde beschließt Steuererhöhungen leichtfertig. In den Räten, die diese Entscheidung zu treffen haben, sitzen Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich für ihre Gemeinde engagieren und übrigens auch selbst Steuerzahler sind.

VON DER GRUNDSTEUER PROFITIEREN DIE MENSCHEN VOR ORT

Die Einnahmen aus der Grundsteuer bleiben vollständig in der Stadt oder Gemeinde und können flexibel eingesetzt werden. Mit Ihrer Grundsteuer werden Schulen, Kitas und Straßen gebaut oder örtliche Kultur- und Sportangebote finanziert. Jeder Euro wird direkt vor Ihrer Haustür ausgegeben. Das, was eine Gemeinde lebenswert macht, könnte ohne die Grundsteuer nicht finanziert werden.

Fotos: Titel im UZS: AdobeStock: superrelax | Photographie.eu | yashov



IHRE GRUNDSTEUER VOR ORT



Infos und Download unter WWW.DStGB.DE

Rund um die Infrastruktur der Wärmewende: Nach erfolgreichem Launch geht die HEATEXPO im November in die zweite Runde

Vom 26. bis 28. November 2024 präsentieren und diskutieren Politik, Wirtschaft und Wissenschaft unter einem Dach auf der HEATEXPO ihre Lösungsbeiträge und -projekte für die Wärmewende – das wohl größte Infrastrukturprojekt Deutschlands seit der Nachkriegszeit. Die Fachmesse HEATEXPO der Messe Dortmund öffnet dann bereits zum zweiten Mal ihre Tore, nachdem sie vergangenes Jahr erfolgreich gestartet ist. Ihr erklärtes Ziel ist es, für die dezentrale Wärmeversorgung der Zukunft die erste vollumfängliche Informations- und Austauschplattform Deutschlands zu sein.

Dieses Jahr kommt die HEATEXPO mit einem „Kommunalen Campus“ besonders den Planungsteams deutscher Städte und Kommunen entgegen und fördert den Austausch untereinander. Zusätzlich schafft das Messeumfeld für diese Besuchergruppen eine Umgebung, wo Ideen und Fragen nicht nur ausgetauscht werden: Hier begutachten sie Ausstellungsstücke und Modelle direkt gemeinsam oder schließen Informationslücken gezielt und sofort bei den ausstellenden Planern und Herstellern.

Wärmeerzeugung inklusive industrieller Abwärme, Bau von Wärmenetzen, Planung und Digitalisierung der Wärmeinfrastruktur: das sind die Kernthemen der Messe, um die herum Aussteller und Besucher sich versammeln. Mit verschiedenen Panels, Round Tables und Workshops bietet die HEATEXPO genügend Raum und Formate den Informations- und Diskussionsbedarf zielgenau zu befriedigen.

VdW ist neuer Messe-Partner

Ab diesem Jahr unterstützt der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen (VdW) als größter Regionalverband der sozial orientierten Wohnungswirtschaft die HEATEXPO als Partner. Das Engagement des VdW ergänzt damit die bereits bestehenden Partnerschaften um die Sichtweise der Wohnungsunternehmen. Bereits seit letztem Jahr sind Partner: der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU), die Arbeitsgemeinschaft für sparsame Energie- und Wasserverwendung (ASEW), der Deutsche Städtetag sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB).

„Um eine flächendeckend sichere, günstige und ebenso zukunftsweisende Wärmeversorgung sicherzustellen, braucht

es die Einbindung der Wohnungswirtschaft“, so Alexander Rychter, Verbandsdirektor des VdW Rheinland Westfalen, „daher freuen wir uns, dass die HEATEXPO ein Forum bietet, auf dem der so wichtige Gedanken- und Ideenaustausch zwischen allen Beteiligten zu diesem Thema gelingen kann. Denn in diesem frühen Stadium der Wärmenetzplanung ist der Austausch und der Blick über den eigenen Tellerrand besonders wichtig für den gesamten Prozess. Die richtungsweisenden Entscheidungen werden jetzt getroffen. Wir sind dabei und unterstützen gerne dieses Messekonzept.“

Starke Buchungen nach vielversprechendem Messestart

Für die im November anstehende HEATEXPO 2024 ist bereits jetzt – Stand März – mehr Hallenfläche durch Aussteller gebucht worden als letztes Jahr insgesamt an Ausstellerfläche belegt gewesen ist.

Tim Knittel, Projektleiter der HEATEXPO, zum Buchungsverhalten: „Wir konnten mit der Premiere im letzten Jahr überzeugen. Das zeigt uns das jetzt schon erfreulich starke Buchungsaufkommen für die diesjährige Ausstellerfläche. Auch die ausgewerteten Rückmeldungen aus dem vergangenen Jahr bestätigen den gelungenen Start dieses neuen Messeformats. Diesen Erfolg wollen wir 2024 weiter ausbauen und die HEATEXPO fest in der Messelandschaft etablieren. Bei dem enormen Informations-, Planungs- und Redebedarf zur Wärmenetzplanung und -umsetzung bin ich mir sicher, dass uns das gelingt.“

Sabine Loos, Hauptgeschäftsführerin der Westfalahallen Unternehmensgruppe, zum Konzept der HEATEXPO: „Mit der HEATEXPO haben wir einen Nerv in Deutschland getroffen: Die Wärmewende kommt, und sie muss in großen Teilen Deutschlands mittels dezentraler Wärmeversorgung und entsprechenden Nah- und Fernwärmenetzen realisiert werden. Das ist beschlossene Sache. Doch die Kommunen stehen nun vor der fast unüberschaubar großen Aufgabe, eine Wärmeplanung vorzulegen. Die HEATEXPO kann ihren Teil zur Wärmewende beitragen, indem sie alle Stakeholder aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gleichzeitig an einem Ort versammelt. Das fördert den zeitnahen Austausch immens, und alle können gemeinsam Methoden und Zwischenziele ausloten sowie ihre Informationslücken schließen.“

TAFEL



DEUTSCHLAND

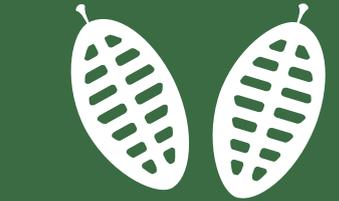
Lebensmittel retten = Klima schützen. Jetzt mitmachen!

Jeder Deutsche
wirft im Jahr durchschnittlich
85 kg Lebensmittel
weg. Wer Lebensmittel
verschwendet, verschwendet
auch wichtige Ressourcen.
Mehr Informationen auf
www.tafel.de



1200 €

jährliche Kosten für
verschwendete Lebensmittel
einer vierköpfigen Familie



Energie



H₂O



CO₂

landwirtschaftliche
Nutzfläche

